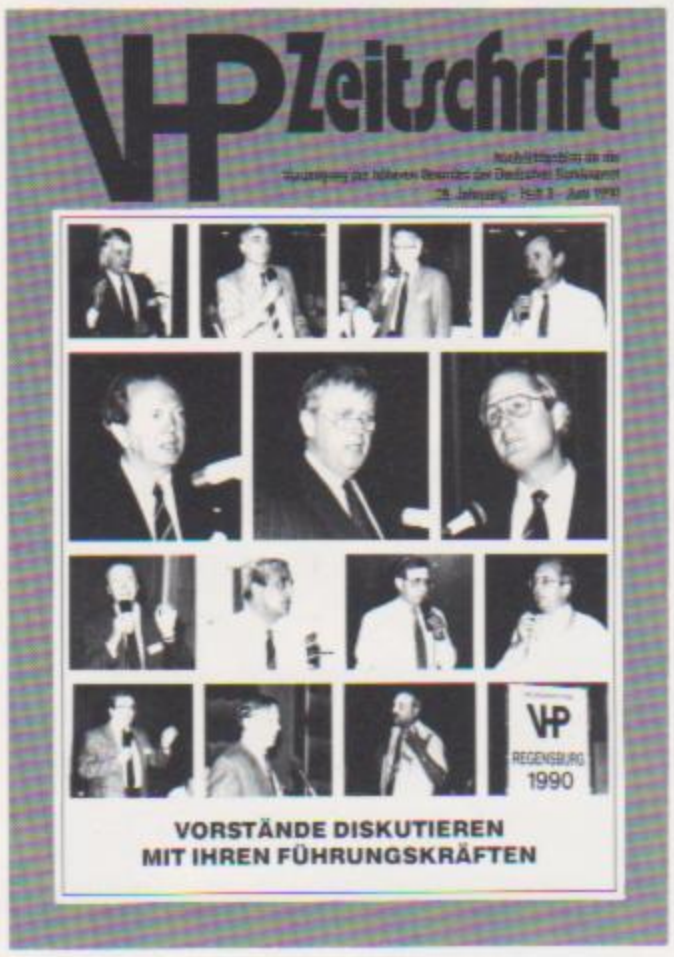
VHP Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost
26. Jahrgang · Heft 3 · Juni 1990

VORSTÄNDE DISKUTIEREN MIT IHREN FÜHRUNGSKRÄFTEN

INHALTSVERZEICHNIS



VORSTÄNDE DISKUTIEREN MIT IHREN FÜHRUNGSKRÄFTEN

Zum Titelbild:
Auf dem Delegiertentag in Regensburg bot sich die erste Gelegenheit für die neuen Vorstände, mit ihren Führungskräften zu diskutieren. Als Gesprächspartner waren anwesend (2. Reihe von links nach rechts): Herr Dr. Zurhorst (DBP POSTBANK), Herr Ricke (DBP TELEKOM) und Herr Dr. Zumwinkel (DBP POST-DIENST). Ausführliche Berichte über diesen Delegiertentag finden Sie in diesem Heft.
(Alle Fotos: Werner Heise)

Horst Plath
36. Delegiertentag 3

Pressemitteilung 11

Paul Burkhart
Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden 12

Johann Paffen
Berufspolitischer Lagebericht 17

Alfred Müller
AhD – 1990 22

Dr. Otfried Brauns-Packenius
Bericht über die Arbeit der FEFAS 24

Werner Hufnagel
Aus der Arbeit der FITCE – 89/90 25

Rolf Gröber
Zukunftsaspekte der DBP-TELEKOM 26

Klaus Stuchlich
Aus den Bezirken 31

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 10 60 01, 7000 Stuttgart 10.
Redaktion: Hans Jürgen Schark (verantwortlich); Werner Heise; Horst Plath; Peter Schmedes; Klaus Lieberknecht; Michael Herzog; Dirk Stuben.
Anzeigenverwaltung: Klaus Lieberknecht.
Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon (0 40) 23 95 10 00, 63 88 44 20 und 63 88 46 10.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

36. DELEGIERTENTAG

Glanzvolle Tage im schönen Regensburg

DELEGIERTENTAG
1990
in Regensburg

VEREINIGUNG DER
HÖHEREN BEAMTEN DER
DEUTSCHEN BUNDESPOST

Zwei Utensilien im Reisegepäck waren bei diesem Delegiertentag absolut überflüssig: Schirm und Mantel. Ein ausgedehntes Hochdruckgebiet sorgte für fast sommerliche Temperaturen. Nur einige wenige weiße Wölkchen gaben dem strahlend blauen Himmel das bayerische Landeskolorit weiß-blau. Es waren aber wirklich nur ganz wenige Wölkchen.
Insoweit hatte der Bezirksverein Regensburg vor einem Jahr nicht zu viel versprochen, als er uns ankündigte, im Mai scheine sowieso immer die Sonne. So waren durch das Wetter, durch die gute Unterkunft, die zentrale Nähe der Tagungsstätte und vor allem durch den Zauber der alten Stadt mit ihren vielen gastlichen Angeboten alle Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf des Delegiertentages gegeben. Daß dazu natürlich auch eine gute Portion Arbeit und Vorbereitung für den Bezirksverein Regensburg gehörte, darf nicht unerwähnt bleiben. Bescheiden hielten sich die Gastgeber zurück. Geklappt hat aber alles prima. Dafür ein herzliches Dankeschön!

Ein Tag der Arbeit

Es ist bereits Tradition, daß sich der Bundesvorstand zur letzten vorbereitenden Sitzung am Vortage des eigentlichen Delegiertentages trifft. Dieser Tag fiel in diesem Jahr auf den 1. Mai, so daß er sich im wahrsten Sinne des Wortes für den Bundesvorstand als ein „Tag der Arbeit" erwies.

Der Römersaal des Hotels Bischofshof bot Raum für die eingehenden Beratungen, die dem reibungslosen Ablauf der nächsten Tage dienen sollten. War doch die vor uns liegende Arbeitsmenge recht umfangreich. Neben den Präsentationen der drei Vorstände warteten 62 Anträge auf ihre Bearbeitung, darunter die wichtige Änderung der Satzung.

Herr Burkhart berichtete über die Aktivitäten seit der letzten Vorstandssitzung, über einen Brief von Herrn Rawe, der diesem Delegiertentag einen guten Verlauf wünsche, über Gespräche mit den Vorstandsvorsitzenden, über die Kontakte der DBP und DDR und über die Informationsflüsse innerhalb unserer Vereinigung. Er habe eine gewisse Sorge und hoffe, daß sich der Wille zur Gemeinsamkeit weiter entwickele.
Vor allem freue er sich aber, daß Frau Ramme, die an dieser Sitzung teilnahm, die Belange der VHP POSTBANK vertreten wolle. Schwierig sei dagegen die Situation im BMPT und beim Bezirksverein Bonn. Viele Kollegen wüßten noch nicht genau, welchen Platz sie endgültig einnehmen werden.
Gestreift wurden auch die Entwicklungen beim PTZ und FTZ. Vieles sei noch im Fluß. Schließlich ist dies der erste Delegiertentag nach der Neustrukturierung der DBP.
Noch einige persönliche Anmerkungen zu der Wandmalerei dieses Tagungsraumes. Sie schien mir nicht ganz ohne Beziehung zur Situation der VHP und zu den Problemen der Gegenwart zu sein. Es waren Motive und Gestalten aus dem alten Rom, das schließlich auch dieser Stadt sein Gepräge gegeben hat. Auf der rechten Seite INDUSTRIA (Fleiß), PATIENTIA (Geduld) und OBOEDIENTIA (Gehorsam), Eigenschaften, die wir als Führungskräfte unseren Dienstherren schuldig sind. Dazu CLOTO (hier ohne H geschrieben), die als Parze den Schicksalsfaden

spinnt, an dem auch wir hängen. Dürfen wir dann nicht auch auf Gerechtigkeit — IUSTITIA — hoffen, auf eine gleiche Behandlung wie andere? Sie ist abgebildet auf der linken Seite des Saales. Daneben finden wir CASTITAS (Keuschheit). Fehlt hier nicht vielleicht noch PAUPERTAS (Armut), der wir — wie man manchmal scherzhaft sagt — als Beamte unser Gelöbnis abgelegt haben?
Für unseren Aufenthalt im sonnigen Regensburg sollten wir jedoch vornehmlich der Aufforderung über der Eingangstür des Raumes folgen: CARPE DIEM.

Arbeitsteilung

Aber diesem „CARPE DIEM", diesem Genießen des Tages, konnte am nächsten Tag der geschäftsführende Vorstand leider nicht folgen. Der nächste Vormittag brachte zwei wichtige Termine.
Zuerst stand ein Besuch beim Präsidenten der OPD Regensburg, Herrn Dr. Hellerbrand, auf der Tagesordnung. Ein stilvolles Erkerfenster des alten Gebäudes erlaubt einen prächtigen Blick aus seinem Dienstzimmer auf den Domplatz und auf den ehrwürdigen gotischen Dom St. Peter, der weit das Stadtbild beherrscht.
Der zweite Termin war die Pressekonferenz, die erfahrungsgemäß in erster Linie die lokale Presse anzieht, und an der diesmal auch einige Zeitungsredaktionen teilnahmen. Eine ausführliche Schilderung war in der „Mittelbayerischen Zeitung" abgedruckt.

So war der geschäftsführende Bundesvorstand reichlich mit Arbeit eingedeckt. Wie so oft bei der „Arbeitsteilung", daß der eine schafft und der andere weniger tut, so konnten sich die Delegierten, die bereits am 1. Mai angereist waren, einen arbeitsfreien Vormittag gönnen. Ihnen, wie ihren Begleitern an den kommenden Tagen, war Gelegenheit gegeben, innerhalb der schönen alten Stadt zu schlendern, den geschichtlichen Spuren zweier Jahrtausende zu folgen und festzustellen, daß sich ein Besuch dieser schönen Stadt immer wieder lohnt.

Ein festlicher Höhepunkt

Das offizielle Programm der Eröffnungsveranstaltung im großen Kolpingsaal war zuerst etwas anders im Ablauf geplant. Nach der musikalischen Einleitung durch den stattlichen Postchor Regensburg mit den beiden Liedern „Was frag' ich viel nach Geld und Gut" und „Als wir jüngst in Regensburg waren" und nach der Begrüßung durch den Bundesvorsitzenden der VHP, Herrn Vizepräsidenten Paul Burkhart, folgten die Grußworte der Oberbürgermeisterin der Stadt Regensburg, Frau Christa Meier, die just an diesem Tage offiziell im Rathaus ihr Amt angetreten hatte.

Danach standen die Ansprache des Bundesvorsitzenden und die Festansprache des Gastredners, des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Dr. h. c. Lothar Späth, auf dem Programm.

Es zeigte sich, wie schwierig es oftmals ist, hochkarätige Festredner zu engagieren. Eine Verspätung dieses Festredners, bedingt durch aktuelle Anlässe und unvorhergesehene Termine, mußte jetzt durch schnelle Improvisation aufgefangen werden.

So folgten zunächst das Grußwort der SPD-Fraktion durch Herrn Hans Gottfried Bernrath, das Grußwort des stellvertretenden Ministers der Deutschen Post in der DDR, Herrn Dr. Heinz Uhlig, die Grußworte der CDU/CSU-Fraktion durch Herrn Gerhard O. Pfeffermann und der F.D.P.-Fraktion durch Herrn Rainer Funke. Ihnen schloß sich das Grußwort des Präsidenten der OPD Regensburg, Herrn Dr. Alfons Hellerbrand, an.

Nun erst war der rechte Augenblick gekommen für die Ansprache des Bundesvorsitzenden der VHP und für den eigentlichen Festvortrag. Spät, aber doch zur rechten Zeit!

Denn rückblickend erschien eigentlich die ganze Eröffnungsveranstaltung in der richtiger Reihenfolge, langsam aufbauend zum festlichen Höhepunkt.

Deutlich, packend, treffend, die Probleme direkt ansprechend, prägnant, bildreich und beherzt waren die Worte Paul Burkharts. Seine Hinweise auf die Notwendigkeit der geistigen Führung, auf den Manager der 90er Jahre seien nur herausgegriffen aus der Fülle der Argumente, die ihm mehrfachen, spontanen Beifall während seiner Ausführungen brachte.

Und danach nun der Festvortrag! Es war ein Erlebnis besonderer Art. Der Verfasser dieser Zeilen muß lange zurückdenken, um ein ähnliches Erlebnis aus der Erinnerung heraufzuholen. Es war der hervorragendste Festvortrag der letzten Jahre. Frei gesprochen, den Zuhörer im Blick, humorvoll, auch vor sich selbst nicht halt machend, dabei hintergründig, fundiert auf Wissen über Fakten, Zusammenhänge und Hintergründe. Man spürte es, hier

sprach nicht nur ein Politiker, hier äußerte sich auch ein Mensch. Vergessen schien die Wärme des Saales, gepackt waren die Zuhörer. Lang anhaltender Beifall war das Echo, fast wie bei einer Konzertaufführung, nach einer Zugabe heischend.

Dieser Höhepunkt des Delegiertentages wird lange Zeit nachwirken.

Wir haben deshalb eine ausführliche Schilderung dieser Veranstaltung für das nächste Heft vorgesehen, in der wir die Ansprache des Bundesvorsitzenden und die Festansprache in vollem Wortlaut wiedergeben werden.

Ein voller leerer Beutel

Dies ist kein Widerspruch in sich, sondern eine Würdigung des Begrüßungsabends in der Städtischen Galerie, genannt „Leerer Beutel". Gewaltige Balken deuteten auf eine enorme Tragfähigkeit dieses um 1597 erstellten und später restaurierten Speichergebäudes hin. Hier versammelten sich die Delegierten, um erste Wiedersehenskontakte zu knüpfen. Auch die neuen Vorstände waren vertreten. Der Vorstandsvorsitzende der DBP TELEKOM, Herr Dr. Ricke, und die Vorstandsmitglieder Herr Freundlieb, ebenfalls DBP TELEKOM, sowie Herr Dr. Zurhorst von der DBP POSTBANK. Und selbstverständlich waren auch unsere österreichischen Freunde wieder mit von der Partie.
So stand einem geselligen Abend in dem großen Saal des „Leeren Beutels" nichts im Wege. Herr Schöberl vom Bezirksverein Regensburg begrüßte alle Teilnehmer recht herzlich und wünschte einen guten Verlauf.
Eine kurze Würdigung sei noch gegeben auf die gelungene Einlage dieses Abends, auf das Pettendorfer Bauernballett, das seine „Tanzdarbietungen" mit wahrhaft stoischer Bierruhe in einem bewundernswerten Zeitlupentempo brachte und seine heimatständischen Lieder mit kraftvoller Stimme in den Raum ertönen ließ: Das Lied vom Bandelmann, vom Morgenrote und das Lied mit nur einer Strophe, mehrmals variiert in verschiedenen Mundarten. Zur Stärkung ließen sie sich vom Bundesvorsitzenden eine Runde Schnaps servieren. „Im Saufen sind die Bayern stark!", war ihr Kommentar.

Herzliche Referenz allen Teilnehmern

Mit einer herzlichen Referenz als Morgengabe an alle Teilnehmer eröffnete unser Bundesvorsitzender, Herr Dipl.-Ing. Paul Burkhart, die zweitägige Arbeitssitzung. Er dankte für die Solidarität, rief auf, auch weiterhin Gemeinsamkeiten zu pflegen und diese mit neuem Mut in die Bezirke zurückzuführen.

Dieser Delegiertentag habe eine deutlich andere Gestaltung. Den Repräsentanten der Vorstände sei Gelegenheit gegeben, sich mit den Delegierten zu unterhalten.

So folgten dann am ersten Tage die Ausführungen von Herrn Dr. Zurhorst (DBP POSTBANK) und Herrn Dr. Ricke (DBP TELEKOM) und am folgenden Tage von Herrn Zumwinkel (DBP POSTDIENST). Den Vorträgen schloß sich jeweils eine engagierte Diskussion an.

Da diese drei Vorträge von grundsätzlicher Bedeutung sind und wesentliche Aussagen über die Ziele und Strategien der drei Unternehmen enthalten, werden wir sie im nächsten Heft unserer Zeitschrift in nahezu vollem Wortlauf veröffentlichen. Wir bitten unsere Leser bis dahin noch um etwas Geduld, da die Niederschrift und Aufbereitung doch einige Zeit beanspruchen.

Rückschau auf das letzte Arbeitsjahr

Auf der Tagesordnung eines Delegiertentages stehen auch die Berichte des Bundesvorsitzenden und seines Stellvertreters sowie die Berichte der Beauftragten für Angelegenheiten der AhD, der FEFAS und der FITCE.

Auch diese Darlegungen sind von grundsätzlicher Bedeutung. Wir haben sie deshalb in dieses Heft mit vollem Wortlaut aufgenommen.

Der Kassenbericht von Herrn Dipl.-Ing. Gunther Altehage war knapp, aber sehr erfreulich. Er selbst bezeichnete ihn als Routinebericht. Seit fünf Jahren konnte mit gleichem Beitrag geradeaus gefahren werden. Heute sei hier in Regensburg und auch im nächsten Jahr

in Darmstadt keine Beitragsdiskussion erforderlich. Die Vereinigung sei in der Mitgliederzahl stark wie nie zuvor. Man brauche jedoch auch immer wieder junge Kollegen.
Hier sei kurz das Kassenergebnis in Zahlen gebracht.

Einnahmen	**242.462,69 DM**
Ausgaben	**252.469,69 DM**
davon	
für den Delegiertentag	**rd.: 22.500,– DM**
für Reisekosten	**rd.: 83.000,– DM**
VHP Zeitschrift (netto)	**rd.: 85.000,– DM**
Allgem. Geschäftsführg.	**rd.: 9.000,– DM**
FITCE, FETAS, AhD	**rd.: 38.620,– DM**
Bestand am 24. 04. 90	**171.348,84 DM**

Die Kassenprüfer, die Herren Lies und Bauer, bescheinigten Herrn Altehage eine sorgfältige Kassenführung. Alle Belege seien in Ordnung gewesen. So war es eine spontane und verständliche Reaktion, daß dem Schatzmeister vom Plenum extra Lob und Beifall gezollt wurden.
Als Alterspräsident ließ Herr Maschlanka vom Bezirksverein München dem gesamten Vorstand eine einstimmige Entlastung erteilen. Er gab die Führungsgewalt wieder dem Bundesvorstand zurück mit dem besten Dank für die außerordentlich engagierte Tätigkeit und schloß die Bitte ein, der Bundesvorstand möge auch künftig das Ruder so in der Hand behalten.
„Ihr Wunsch sei uns Befehl", lautete die Antwort des Bundesvorsitzenden.

Grüße aus dem Nachbarland

Ein Delegiertentag ohne unsere Freunde aus Österreich ist einfach undenkbar. So überbrachte auch diesmal Herr Tettinek die Grüße und besten Wünsche des seit zwei Wochen neu gewählten Vorstandes der österreichischen Postakademiker.
Sie ständen vor ähnlichen Problemen, besonders in der Nachwuchsfrage, da die Industrie 30 bis 40 Prozent mehr zahle. Er könne zwar noch viel dazu sagen; er wolle sich aber damit begnügen. Nicht Gold habe er mitgebracht, aber Kleinigkeiten von der schönen Landschaft und von der Post.
Der Tagung wünsche er ein gutes Gelingen.

Zwei gekreuzte Schlüssel

Tagungsstätte für den diesjährigen Delegiertentag in Regensburg war das Kolpinghaus, und zwar der große Kolpingsaal für die Eröffnungsveranstaltung, für die Arbeitssitzung am Donnerstag und für den Oberpfälzer Abend am Freitag, der kleine Kolpingsaal — leider etwas beengter — für die Arbeitssitzung am Freitag.
Schon während der Eröffnungsveranstaltung fiel der Blick auf die Fahne der Stadt Regensburg, die uns auf der Saalbühne für die ganze Zeit der Tagung begleitete. Weiß und rot die Landesfarben, darin ein Wappen mit zwei gekreuzten Schlüsseln.
Erinnerungen wurden wach an den letzten Delegiertentag in Bremen. Auch hier war das Symbol der Stadt ein Schlüssel, die Farben ebenfalls weiß und rot.
Vor einem Jahr gab es jedoch noch eine einzige Deutsche Bundespost. So symbolisierte der *eine* Bremer Schlüssel diese Einheit. Heute sind wir nun geteilt in drei Unternehmen. Im Wappen von Regensburg finden wir diese Teilung wieder, allerdings nur in der Form zweier Schlüssel; denn eigentlich müßten es ja drei sein. Hoffentlich kein ungutes Omen, die Schlüsselgewalt für eines der Unternehmen könnte uns in Zukunft abhanden kommen.
Das Wappen der Stadt Darmstadt, unserem nächsten Tagungsort, enthält übrigens die obere Hälfte eines Löwen. Wo ist die andere Hälfte geblieben?

Beratung der Anträge

Wie bei jedem Delegiertentag stand auch diesmal die Beratung und Beschlußfassung über das Antragspaket auf der Tagesordnung. Da das Gesamtpaket 62 Anträge umfaßte, war die Sorge des Bundesvorstandes, man könne bei der Erledigung in Zeitdruck geraten, sehr gut verständlich. So wurde schon jede freie Minute zwischen den anderen Tagesordnungspunkten sinn-

voll genutzt, um einige Anträge zu erörtern.
Dank der straffen Führung des Vorsitzenden, der geschickt einige Anträge als Paket verschnürte und die Bundesversammlung bei einer Ausuferung der Diskussion in Richtung Abstimmung steuerte, gelang es aber doch, bis zum Schluß der zweiten Arbeitssitzung über alle vorliegenden Anträge zu entscheiden.

Gingen einige inhaltsschwere Anträge recht zügig über die Bühne, so entflammte bei anderen Antragspunkten, die auf den ersten Blick eher problemlos erschienen, eine lebhafte Diskussion, ehe man zur Abstimmung schreiten konnte. Bei einigen Anträgen mußte allerdings der Bundesgeschäftsführer eine genaue Auszählung der Stimmen vornehmen, um dann das exakte prozentuale Ergebnis zu verkünden.

Ein Ereignis war jedoch völlig neu, noch nie auf einem Delegiertentag dagewesen. Mitten in der Beratung schaltete sich am Freitagvormittag abrupt der Bundesvorsitzende ein. Er bat alle Teilnehmer, umgehend den Saal zu verlassen. Eine Bombendrohung war eingegangen. Die Polizei durchsuchte die Tagungsräume, gottseidank ohne Ergebnis. Nach zwanzig Minuten konnten wir die Tagung fortsetzen.

War es der Anruf eines Spaßvogels? Stand es im Zusammenhang mit den Warnstreiks? Wollte man den Höpos oder der Post eins auswischen? Es wäre dann auf jeden Fall ein schlechter Scherz gewesen.
Die Arbeit ging jedoch weiter.
Über das Ergebnis der Antragsberatung und Antragsentscheidung soll nun berichtet werden. Allerdings kann dabei nur eingegangen werden auf die wesentlichsten Diskussionsbeiträge.

A Unternehmenspolitik

(Anträge 1–13)
Die Anträge 1–4, die die Schaffung einer Unternehmenskultur und die Konkretisierung von Unternehmenszielen und -strategien zum Inhalt hatten,
wurden als Block mit nur einer Gegenstimme angenommen.
Antrag 5 (Neuorganisation der Postämter (V)) entfachte jedoch eine Diskussion. Da für eine Stellungnahme noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen sei, wurde er bei einer Stimmenthaltung als Material dem Bundesvorstand übergeben.
Antrag 6 (Laufzeitvorgabe für vollbezahlte Briefsendungen) war ebenfalls Anlaß für eine breite Diskussion. Nach Abstimmung teilte der Bundesvorsitzende mit, daß dieser Antrag mit knapper Mehrheit (54%) abgelehnt sei.

Antrag 7 (Dienstleistungen eines Unternehmens für ein anderes) konnte als erledigt dem BV einstimmig als Material übergeben werden.
Zurückgezogen wurden die Anträge 8 und 9.
Zum Thema der Motivation der Führungskräfte wurde eine Veröffentlichung in der VHP-Zeitschrift als Anregung gegeben. Der nächste Block, der mit einer Enthaltung dem BV als Material an die Hand gegeben wurde, umfaßte die Anträge 10–13: Aufgaben und Zukunft der OPDn.

B Berufspolitik/ Laufbahninteressen

(Anträge 14–29)
Als Block wurden die Anträge 14–16 (Ausschreibung der Abteilungsleiterdienstposten der OPDn) sowie Antrag 17 (Geschäftsbereichsleiter bei den GDn) einstimmig angenommen.

„Die spaltende Kraft zeigt ihre Spuren schneller, als man ahnen kann", waren die Worte Burkharts zum Inhalt des Antrags 18, bei dem das Faktum der künftigen *zwei* Führungsakademien bereits besteht. So sei zwar die Einbeziehung von DDR-Angehörigen in die FüAk möglich, gemeinsame Veran-

staltungen mit den anderen Unternehmen der DBP würden wohl ausgeschlossen sein.
Mit zwei Enthaltungen wurde der diesbezügliche Antrag angenommen.
Die Frage nach einer Durchlässigkeit der Unternehmen war Kernpunkt der Anträge 19–22, die mit nur einer Stimmenthaltung angenommen wurden.
Anstatt eines unternehmensübergreifenden Personalausgleichs sei ein Ausgleich durch Aufträge für die Bediensteten als besser anzusehen. Antrag 23 wurde daher zurückgezogen. Antrag 24 — Beschäftigung von „Nichttechnikern" bei TELEKOM — wurde etwas erweitert und mit zwei Enthaltungen angenommen. Infolgedessen konnte Antrag 25 zurückgezogen werden.
Angenommen wurden auch weitere drei Anträge dieses Blocks: Antrag 26 (Rücknahme der Absenkung der Anwärterbezüge) einstimmig und Antrag 27 (Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst) mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung. Kompliziert wurde die Auszählung des Antrags 29 (Keine Einheitslaufbahn DFt/CFt): Sie brachte 51% Zustimmung, 36% Ablehnung und 13% Enthaltung.
Da der Verwendungsaufstieg noch erst komme, ein vereinfachter Aufstieg durch Basiserweiterung auch dem höheren Dienst Vorteile verschafft habe, wurde Antrag 28 zurückgezogen.

C Bewertung

(Anträge 30–39)
Antrag 30, der sich zunächst nur auf die Bewertung der Amtsvorsteher und der Abteilungsleiter bei den OPDn bezog, wurde auf die Führungsfunktion des höheren Dienstes in der gesamten Außenverwaltung erweitert und einstimmig angenommen.
Zusammengefaßt wurden dann wieder die Anträge 31–39, allesamt die Bewertung betreffend. Sie wurden als Material einer Arbeitsgruppe von fünf Kollegen übergeben, die sich erfreulicherweise für diese Sonderaufgabe zur Verfügung stellten. Für diesen Komplex soll jetzt eine grundsätzliche, neue Strategie entwickelt werden.

D Besoldung

(Anträge 40–48)
Herr Paffen äußerte seine grundsätzlichen Bedenken gegen die ersten beiden Anträge und wies auf eine gefährliche Entwicklung hin, wenn der höhere Dienst von der weiteren Arbeitszeitverkürzung ausgenommen werde und sich damit von den beamtenrechtlichen Bestimmungen abkoppeln werde. Stattdessen solle man eine bessere Bezahlung fordern.
Daher wurden die Anträge 40 und 41 zurückgezogen, der Antrag 42 wurde nach einer Ergänzung einstimmig angenommen.
Die Forderung nach einer Einführung von Ballungsraumzulagen (Anträge 43–46) wurde mit einer Enthaltung angenommen.
Eine Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung im Falle des Dienstortswechsels (Antrag 47) und ein Entgegenwirken der Nivellierung bei der Einkommensentwicklung (Antrag 48) wurden einstimmig akzeptiert.

E Verbandspolitik/Organisation der VHP)

(Anträge 49–57)
Dank der guten Vorarbeit des Bundesvorstandes, der die Änderungen der neuen Satzung gegenüber der alten Fassung in einer Gegenüberstellung übersichtlich präsentiert hatte, bereitete die Entscheidung über den Antrag 49 (Satzung) keinerlei Schwierigkeiten. Lediglich die Überschrift des § 5 wurde in „Unabhängigkeit" geändert. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Eine gleiche einstimmige Annahme fanden die Anträge 50 (Wahlordnung), 51 (Zukunft der VHP) und 52 (Beirat FüAk). Antrag 53 war damit eigentlich auch erfaßt und konnte zurückgezogen werden.

Die Forderung nach Arbeitsausschüssen für spezielle Probleme der drei Unternehmen (Antrag 54) führte zwangsläufig zu dem Hinweis, daß zur Bildung dieser Ausschüsse sich auch Kollegen bereiterklären müßten, diese Arbeit zu tun. Der Antrag wurde zurückgezogen.
Einstimmig angenommen wurden die Anträge 55 und 56 als Block (Kontakte zur DDR). Eine Umfrage ergab, daß die Mehrheit der OPD-Bezirke bereits Kontakte zu einzelnen Städten und Ländern der DDR pflegen.

Wer zu Informationen über die DDR mit Beiträgen in der VHP-Zeitschrift beisteuern wolle, sei herzlich dazu aufgerufen. Der Vorstand sei jedoch damit überfordert. So wurde Antrag 57 einstimmig zum Material genommen.

F Sonstiges

(Anträge 58–62)
Einstimmig angenommen wurden die Anträge 58 (Ausführungsbestimmungen zur Postleistungszulagenverordnung) und der Antrag 59, der allerdings

in der Formulierung eine wesentliche Änderung erfuhr. Er erhielt die Überschrift „Ausgleich des Fehlbestandes im höheren Dienst".
Zum Material gegeben wurde Antrag 60 (Flexibler Einsatz von Abteilungsleitern in Fernmeldeämtern). Hier wurde auf die mehrfache Aufforderung der Vorstände verwiesen, vorhandene Spielräume auszunutzen und nicht immer neue Regelungen zu verlangen.

Antrag 61, der den Post-Betriebsärzten auch eine Behandlung der DBP-Beschäftigten zugestehen sollte, führte zu einer lebhaften Diskussion. Für und Wider wurden inhaltsschwer abgewogen. Es zeigte sich, daß unsere Vereinigung aber durchaus bereit ist, sich auch mit den Problemen der Minderheiten innerhalb ihrer Reihen zu befassen. Die Mehrheit der Bezirksvereine stimmte schließlich gegen diesen Antrag, nur drei waren dafür, ein Bezirksverein enthielt sich der Stimme.
Der letzte Antrag, Nr. 62, zusätzlich vom Bundesvorstand eingebracht, forderte die Erhaltung des Berufsbeamtentums nach Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Stichwortartig sollen hier einige Diskussionsbeiträge angeführt werden, die die Gesamtstimmung widerspiegeln.

- Alles wendet sich nach dem Osten, die VHP darf nicht zurückstehen. Aber, wie soll es weitergehen? Wie steht es mit dem Berufsbeamtentum?
- Das Berufsbeamtentum ist nicht mehr zeitgemäß.
- Die AhD hat eine eindeutige Position dazu bezogen.
- Einen Königsweg gibt es nicht.
- Arbeitsrechtlich haben wir uns 40 Jahre auseinander gelebt.
- Viele beneiden uns um das Berufsbeamtentum.
- Man kann den Status quo nicht festschreiben, die Zeit schreitet voran.
- Ernste Sorgen über den Stand des Berufsbeamtentums. Kommt es zu einem Einbruch durch die Vereinigung mit der DDR, durch die EG?
- Brauchen wir in unserem Unternehmen Berufsbeamte?
- Wir haben intensiv um Kleinigkeiten gerungen, die Bestandteile des Beamtentums sind, und jetzt?
- Wir geben hier ein Feld auf, und dann wird uns das Fell über die Ohren gezogen.

Man kam schließlich zu dem Ergebnis, eine weitere Diskussion sei in den Bezirksvereinen nötig. Als Material sollte dieser Punkt dann für den nächsten Delegiertentag aufbereitet werden.
Der Bundesvorstand zog jedoch dann diesen Antrag zurück.

Ausklang der arbeitsreichen Tage

Zwei arbeitsreiche Tage lagen hinter uns. Alle Tagesordnungspunkte waren abgearbeitet. Nun fiel es dem Bundesvorsitzenden zu, die Schlußworte zu sprechen.
Es sei ein Delegiertentag in einer neuen Situation gewesen. Die neue Post habe uns fest im Griff. Es spräche jedoch für uns, daß die Vorstände zu uns gekommen sind.
„Alles erfordert viel Geduld. Wir dürfen nicht resignieren". Es sei dem Bundesvorstand dienlich, wenn er immer wieder von den Bezirksvereinen Hinweise erhalte, wenn er an notwendige Dinge erinnert werde. Man solle nicht lamentieren, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen sei.
„Der Bundesvorsitzende ist lernwillig. Nutzen Sie dies! Das ist meine Bitte an Sie!"
Es sei nun alles gesagt. Mit der Hoffnung auf eine bleibende Einheit, auf *eine* Kollegenschaft und mit dem Dank an die Regensburger Kollegen für ihren Einsatz beendete Herr Burkhart diesen 36. Delegiertentag.
„Ich verspreche Ihnen, Ihr erster Diener zu sein".
Der Bezirksverein Regensburg gab den Dank zurück. Viel Arbeit habe es für einen kleinen Bezirksverein bedeutet.
„Empfehlen Sie uns weiter, aber bitte erst wieder in zehn Jahren! Wir brauchen zunächst etwas Ruhe".
Auf Wiedersehen beim nächsten Delegiertentag vom 6. bis 8. Mai 1991 in Darmstadt!
Horst Plath

GEHÖRT UND NOTIERT

- Ich kriege es souffliert: Ein großer Vorsitzender macht alles selber.
- Die Welt ist lieb und freundlich. Wir müssen nur ein paar Tage warten.
- In der Kirche darf auch nicht jeder auf die Kanzel.
- Nur die größten Kälber schlachten ihre Metzger selber.
- Der Antrag ist besser als seine Begründung.
- Die Zentrale zieht die D-Beamten an wie das Licht die Motten.
- Das Stöver-Theorem ist zu beachten.
- Mit zugeschnürtem Hals kann man nicht singen wie eine Lerche.
- Heiliger Geist, nun hilf uns allen!
- Der Antrag darf auch mit weniger Lust zurückgezogen werden.
- Nicht schalten, schieben! Aber in die richtige Richtung.
- Der Diplomingenieur U. schaltet ein!
- Mein Caesar setzt auch seine Markierungspunkte nach Stimmungswechsel stets neu.
- Keiner von der Seite haut mir in die Rippen.
- Der Bundesvorstand hat nur begrenzte Hirnwindungen.
- Wir werden es morgen in ein Lexikon aufnehmen.
- Ihnen gehört sicherlich meine Sympathie, aber nicht mein Ohr.
- Aus dem Zylinder kann ich kein Kaninchen zaubern.
- Wenn ich dies stotternd in Bonn vortrage, dann klingt es ganz anders.

PRESSEMITTEILUNG

Die „Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost" (VHP) veranstaltet vom 2. bis 4. Mai 1990 in Regensburg ihren diesjährigen Delegiertentag. Der Delegiertentag ist das höchste Organ der Vereinigung, der mit über 2 500 Mitgliedern fast alle Führungskräfte der Deutschen Bundespost (DBP) und des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation angehören.
Mittelpunkt der festlichen Veranstaltung im großen Kolpingsaal des Kolpinghauses in Regensburg ist am Mittwoch der Festvortrag des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Dr. h. c. Lothar Späth, zu dem Thema „Die Dienstleistungsgesellschaft von morgen — Herausforderung für Politik und Wirtschaft".
Neben den mehr als 100 Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet wird eine große Zahl von Gästen aus dem In- und Ausland aus Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben zu der Eröffnungsveranstaltung erwartet.
Auf dem Programm für die Arbeitssitzungen an den folgenden beiden Tagen stehen Beratungen zur Unternehmenspolitik der Deutschen Bundespost und aktuelle berufspolitische Fragen.
An den Arbeitsitzungen werden am Donnerstag das Mitglied des Vorstandes der DBP POSTBANK, Herr Dr. Bernhard Zurhorst, und der Vorsitzende des Vorstandes der DBP TELEKOM, Herr Helmut Ricke, sowie am Freitag der Vorsitzende des Vorstandes der DBP POSTDIENST, Herr Dr. Klaus Zumwinkel, teilnehmen.
Neben der gemeinsamen Aussprache mit den Vertretern der drei seit Beginn dieses Jahres amtierenden Vorstände der Postunternehmen werden die Delegierten u. a. über folgende Themen beraten:

Leistungsgerechte Bewertung herausgehobener Dienstposten

Eine Reihe von Besoldungsvergleichen, z. B. das Gutachten der „Treuarbeit" und der Strukturbericht des Bundesinnenministers, kommen zu dem Ergebnis, daß im Vergleich zur freien Wirtschaft, zum Bankwesen und zu anderen Versorgungsunternehmen die Führungskräfte der Deutschen Bundespost seit Jahren einen deutlichen Rückstand ihrer Einkommen hinnehmen müssen. Infolge der minimalen Besoldungserhöhungen der letzten Jahre erleiden die Führungskräfte spürbare Kaufkraftverluste.
Durch die Neustrukturierung der DBP werden neue Zeichen gesetzt, neue Anforderungen gestellt und die Verantwortlichkeiten neu geregelt.
Die VHP verlangt daher eine leistungsgerechte Bewertung und gerechte Bezahlung dieser herausgehobenen Dienstposten.

Einführung von Ballungsraumzulagen

Die allgemeinen Lebenshaltungskosten, die Kosten für Wohnraum und für den Weg zur Arbeit sind in Ballungsräumen stärker gestiegen als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Familiengerechtes Wohnungseigentum ist für Führungskräfte kaum noch zu erwerben. Gerade in Ballungsräumen wird sich die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen der DBP bestätigen müssen. Die VHP fordert daher, für Führungskräfte in diesen Ballungsgebieten einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Dies gilt um so mehr, als die Führungskräfte der Deutschen Bundespost grundsätzlich auch gegen ihren Willen versetzt werden können. Die Versetzung in Ballungsräume führt ohne finanziellen Ausgleich der spezifischen Belastungen zu einem Mangel an Motivation und zu Unzufriedenheit. Die Deutschen Bundespost würde sonst hoffnungslos ins Abseits geraten, wenn die realen Nettoeinkommen der Führungskräfte weiter sinken, während in der expandierenden Wirtschaft höhere Vergütungen und höheres Sozialprestige geboten werden.

Kontakt zu den Post- und Fernmeldekollegen in der DDR

Nach Öffnung der Grenzen zur DDR besteht bei zahlreichen Kolleginnen und Kollegen der DDR ein großes Interesse an Fachgesprächen und am Erfahrungsaustausch.
Einen Berufsverband der Angehörigen des höheren Postdienstes, der mit unserer Vereinigung vergleichbar wäre, gibt es bisher nicht.
Die VHP wird sich bemühen, mit den entsprechenden Kollegen und der dortigen Verwaltung Kontakte aufzunehmen, Informationen einzuholen und Wege der Zusammenarbeit zu finden.

Festlegen der künftigen Unternehmenskultur

Moderne Unternehmen, die sich am Markt durchsetzen wollen, sind auf das Engagement ihrer Mitarbeiter angewiesen. Um dieses Engagement nicht durch unklare Ziele zu verwässern, setzt sich die VHP bei den Vorständen der drei Unternehmen dafür ein, eine klare Konzeption über Unternehmenszweck, Unternehmensziele und Unternehmensstrategie vorzulegen.

Keine weitere Arbeitszeitverkürzung im höheren Dienst

Das Arbeitspensum der Führungskräfte des höheren Dienstes verringert sich weder quantitativ noch qualitativ. Unbezahlte Überstunden in beträchtlichem Ausmaß sind für die Führungskräfte der Deutschen Bundespost schon heute die Regel. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung, die wegen ihrer Berücksichtigung bei künftigen Gehaltssteigerungen auch zu einem weiteren Einkommensrückstand führen würde, bedeutet für die Führungskräfte lediglich eine weitere Arbeitsverdichtung. Die VHP wendet sich entschieden dagegen, daß dem höheren Dienst eine weitere Zunahme der Überstunden bei zunehmender Abkopplung von der allgemeinen Einkommensentwicklung zugemutet wird.

RECHENSCHAFTSBERICHT DES BUNDESVORSITZENDEN

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Satzung unserer Vereinigung verpflichtet den Bundesvorstand zur Berichterstattung über seine Arbeit seit dem letzten Delegiertentag. Dieser Verpflichtung will ich entsprechen, indem ich Ihnen Rechenschaft ablege über die Aktivitäten des Bundesvorstandes im hinter uns liegenden Geschäftsjahr.

Ich werde zurückschauen auf ein Jahr, in dem wir im Schollengang unseres berufspolitischen Umfeldes vieles versucht, manches vollendet, einiges auch nur begonnen haben.

Ich will Bilanz ziehen, aber nicht etwa nur im Sinne einer nüchternen Vereinsbuchhaltung, sondern sehr wohl auch in einem Beschrieb der Großwetterlage.

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich einer schmerzlichen Pflicht nachzukommen. Ich darf Sie bitten, sich zum Gedenken an unseren Freund und Kollegen Friedrich Köhler zu erheben. Am 02. 06. 89 verstarb MinDirig a. D. Friedrich Köhler im Alter von 85 Jahren. Mit ihm ist ein Kollege von uns gegangen, der sich um unsere Vereinigung im höchsten Maß verdient gemacht hat. Am 10. 10. 54, dem Tag der Gründung der „Vereinigung der Angehörigen des höheren Postdienstes", des Vorläufers der heutigen VHP, wurde Herr Köhler zum 2. Vorsitzenden gewählt. In den folgenden Jahren bis 1960 war er der 1. Vorsitzende der Vereinigung. Er hat in diesen schwierigen ersten Jahren unsere Vereinigung entscheidend mitgeprägt. Wenige Tage vor seinem Tod hat er sich noch einmal in einem Schreiben für die Einladung zum letztjährigen Delegiertentag nach Bremen recht herzlich bedankt und seine Verbundenheit zu unserer Vereinigung zum Ausdruck gebracht. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Die Kollegen Paffen und Henkel erwiesen dem Toten im Namen der Vereinigung die letzte Ehre.

In das Gedenken beziehen wir alle anderen Mitglieder unserer Vereinigung ein, die im Berichtszeitraum ebenfalls für immer von uns gegangen sind.

Ich danke Ihnen, daß Sie sich zu Ehren unserer toten Mitglieder erhoben haben. Nachdem Sie wieder Platz genommen haben, fahre ich in meinem Bericht fort.

Wenige Wochen nach Abschluß des letzten Delegiertentages in Bremen, nämlich am 01. 07. 89, trat das Poststrukturgesetz in Kraft. Mit diesem Gesetz, das den Beginn der „postalischen Neuzeit" bedeutet, war der Grundstein für die Neugliederung der Deutschen Bundespost gelegt worden. Der Geschäftsbereich des ehemaligen BMPT sollte in der Folge aufgeteilt werden auf drei weitgehend selbständige Unternehmen und das Direktorium. Das BMPT sollte künftig nur noch hoheitliche Regulierungsinstanz sein. Mit Wirkung vom 01. 01. 90 haben die neu geschaffenen Institutionen ihre Aufgaben übernommen.

Diese bedeutsamen Veränderungen haben die Arbeit des Bundesvorstandes nicht nur sachlich beschäftigt. Sie waren für unsere Arbeit Motor und Bremse zugleich.

Motor deshalb, weil wir als Vereinigung von Postbeamten und Führungskräften Einfluß nehmen wollten und mußten. Einfluß nämlich auf die Entscheidungen, die die neue Struktur zwangsläufig mit sich brachte. Beim letzten Delegiertentag in Bremen haben Sie den Bundesvorstand beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß langfristig getrennte Leitungsebenen bei den Mittelbehörden für den Postdienst und das Fernmeldewesen geschaffen werden; wir haben uns für eindeutige Weisungsstränge zwischen den Generaldirektionen und den Mittelbehörden ausgesprochen und insgesamt eine zukunftsorientierte Unternehmensstruktur verlangt.

In Verfolg dieser Beschlüsse des letzten Delegiertentages reisten die Kollegen Paffen, Dr. Bergemann und Nienhaus am 02. 06. 89 nach Bonn und vertraten gegenüber den Herren MinDir Schöll und dem damaligen MinDirig Kühn die Standpunkte der VHP.

In einem Gespräch am 20. 06. 89 zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär Rawe und anderen hochrangigen Vertretern des BMPT einerseits und dem geschäftsführenden Bundesvorstand andererseits ging es um personelle Fragen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Post.

Ich habe die Veränderungen nach dem 01. 07. 89 auch als *Bremse* für die Arbeit des Vorstandes bezeichnet.

Bremse deshalb, weil es nach Inkrafttreten des Poststrukturgesetzes immer schwieriger wurde, kompetente Gesprächspartner zu finden, die auch willens und in der Lage waren, sich unserer Anliegen anzunehmen. Bis zum Ende des Jahres 1989 waren die bisherigen Funktionsträger im BMPT immer weniger bereit, definitive Aussagen in Sachfragen zu treffen, weil man den Entscheidungen der künftigen Vorstände nicht vorgreifen wollte.

Nach dem 01. 01. 90 war zwar die formelle Zuständigkeit auf die neu geschaffenen Vorstände übergegangen, der Dialog mit den Funktionsträgern konnte gleichwohl noch nicht aufgenommen werden, weil die endgültigen Sachwalter noch nicht in jedem Fall verfügbar waren und die vertretungsweise eingesetzten Kollegen keine Aussagen machen wollten, die später von den endgültigen Amtsinhabern möglicherweise nicht würden mitgetragen werden.

Wegen der beschriebenen Situation waren die Sachgespräche mit Vertretern des BMPT bzw. der Generaldirektionen im hinter uns liegenden Geschäftsjahr im Vergleich zu früheren Jahren viel schwieriger zu verabreden. Gleichwohl haben wir keine Gelegenheit versäumt, uns den neuen Vorständen vorzustellen und darauf hinzuweisen, daß wir gewohnt sind, im Dialog mit der Unternehmensleitung ernst genommen zu werden.

Zum Jahresende 1989 haben wir u. a. den drei Vorstandsvorsitzenden Glückwünsche übermittelt und die Gelegenheit genutzt, unsere Vereinigung vorzustellen. Um unserer Selbstdar-

stellung Nachdruck zu verleihen, haben wir den Schreiben jeweils einen kompletten Jahrgang der VHP-Zeitschrift beigelegt. Als wir in der Folge die Vorstandsvorsitzenden zum diesjährigen Delegiertentag einluden, sagten die Herren Dr. Zumwinkel und Ricke spontan zu, im Rahmen unserer Arbeitssitzungen einen Kurzvortrag zu halten und sich den Fragen der Kolleginnen und Kollegen zu stellen. Für den Vorstand der DBP-Postbank nimmt Herr Dr. Zurhorst am Delegiertentag teil.

Wir waren aber auch bemüht, schon im Vorfeld dieses Delegiertentages den Dialog zu pflegen und am Ball zu bleiben.

So wurde am 10. April 1990 unser geschäftsführender Bundesvorstand vom Vorstandsvorsitzenden von TELEKOM zu einem eingehenden Meinungsaustausch empfangen. Der erörterte Themenkreis reichte von A bis Z, von *Absenkung* der Anwärterbezüge bis *Zulage* für Leiter großer Ämter.

Ein entsprechendes Gespräch bei POSTBANK führten wir am 29. März 1990 mit den Herren des Vorstandes Dr. Schneider und Dr. Zurhorst.

Gesprächsthema war das breite Spektrum aktueller Probleme wie Geschäftspolitik, Anforderungsprofil von Führungskräften und deren Exspektanzen.

Ein entsprechendes Gespräch mit POSTDIENST ist leider noch nicht zustande gekommen, wohl nicht mangels guten Willens, sondern wohl aus den Zwängen übervoller Terminkalender.

Immerhin war es uns aber im Oktober 1989 gelungen, Herrn Wohlfahrt als bisherigen AbtL im BPM und damals noch designiertes Mitglied im Vorstand des Unternehmens DBP-Postdienst als Vortragenden für die Beiratssitzung in Koblenz zu gewinnen.

Des weiteren konnten wir bei unserer Beiratssitzung im Januar 1990 in Würzburg Herrn Tenzer, Mitglied des Vorstandes der DBP-TELEKOM, begrüßen. Herr Tenzer referierte über die Zukunftsaspekte der DBP-TELEKOM und stellte sich den Fragen der Kolleginnen und Kollegen.

Alles in allem, ich meine, wir haben uns bei den Vorständen der DBP bis heute gut eingeführt, und ich bin überzeugt, daß wir dort künftig als sachverständiger und loyaler Anwalt der Kollegeninteressen genauso Anerkennung finden werden, wie dies bisher gegenüber dem Ministerium der Fall war.

In sachlicher Hinsicht beschäftigte sich der Bundesvorstand schwerpunktmäßig mit drei Themenkreisen, nämlich der *Zukunft der VHP*, der *Änderung des Beamtenversorgungsrechts* und mit *Fragen des Besoldungsrechts.*

Mit dem Inkrafttreten des Poststrukturgesetzes stellte sich auch die Frage, ob und in welcher Weise die VHP würde fortbestehen können. Bei den letzten Delegiertentagen war diese Frage ein zentraler Punkt unserer Beratungen; in Koblenz wurde der Bundesvorstand durch Beschluß des Delegiertentages verpflichtet, die Einheit der VHP zu erhalten.

Dieser Beschluß ist heute so richtig wie damals. Mit unseren ca. 2.500 Mitgliedern sind wir keine politische Macht. Was andere durch ihre Größe zu bewegen vermögen, können wir nur durch Sachverstand und Überzeugungsarbeit anstoßen. Eine Zergliederung oder gar Aufspaltung der VHP wäre deshalb nach meiner Überzeugung das sichere Aus für eine effiziente berufspolitische Interessenvertretung unserer Mitglieder. Obwohl und gerade weil wir an der Einheit unserer Vereinigung als bereichsübergreifende Standesvereinigung festhalten wollen, war es notwendig, unsere Satzung und die Wahlordnung neu zu überdenken und sie den veränderten Umständen anzupassen.

Zu diesem Zweck hat der Bundesvorstand eine Arbeitsgruppe berufen, die sich am 11. 10. des letzten Jahres in Stuttgart zusammensetzte und die wesentlichen Änderungen erarbeitete. Zwischenzeitlich wurden die Entwürfe einer geänderten Satzung und Wahlordnung bei drei Bundesvorstandssitzungen und einer Beiratssitzung beraten und ergänzt. Sowohl der Bundesvorstand als auch der Beirat haben beiden Entwürfen bei ihren letzten Sitzungen am 26./27. 01. 90 einstimmig zugestimmt, so daß ich überzeugt bin, daß diesem Delegiertentag ausgereifte und ausgewogene Neufassungen sowohl für die Satzung als auch für die Wahlordnung zur Beschlußfassung vorliegen.

Änderungen der *Satzung* wurden notwendig, weil unsere Mitglieder nicht nur höhere Beamte der Deutschen Bundespost sind, sondern auch solche des BMPT, das ja nicht mehr Teil der DBP ist. Gleichzeitig mußte die Möglichkeit geschaffen werden, daß auch Führungskräfte im öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis Mitglieder unserer Vereinigung bleiben bzw. werden können. Neben diesen mehr redaktionellen Änderungen sieht der Entwurf der Satzung die Möglichkeit vor, daß über solche Angelegenheiten, die nur *einen* Unternehmensbereich betreffen, auch nur die Delegierten beraten und Beschlußvorlagen erarbeiten können, die diesem Bereich angehören. Über diese Beschlußvorlagen des Fach- oder Teildelegiertentages soll dann im Plenum grundsätzlich ohne Aussprache endgültig entschieden werden.

Diese Regelung trägt dem Umstand Rechnung, daß sich künftig in den einzelnen Unternehmen der DBP bzw. beim Direktorium oder dem BMPT spezielle sachliche, personal- und unternehmenspolitische Probleme ergeben können. Über diese Angelegenheiten soll dann auch der dadurch betroffene Personenkreis grundsätzlcih selbst entscheiden können.

Die Aufteilung der bisherigen DBP in mehrere selbständige Organisationseinheiten machte auch eine Änderung der Wahlordnung erforderlich. Während die geltende *Wahlordnung* keine ausgewogene Repräsentanz der einzelnen Fachrichtungen im Bundesvorstand gewährleistete, wird es künftig notwendig sein, Vorkehrungen dafür zu treffen, daß Vertreter der drei Unternehmen der DBP und des BMPT im

RECHENSCHAFTSBERICHT DES BUNDESVORSITZENDEN

Bundesvorstand repräsentiert sind, um dort einerseits den Sachverstand zu erhalten und andererseits sämtlichen Mitgliedern der Vereinigung im Vorstand Gehör zu verschaffen. Aus diesem Grund sieht der Entwurf einer neuen Wahlordnung die Wahl mindestens je eines Beisitzers aus dem Kreis unserer Kollegen beim BMPT und dem Unternehmen POSTBANK und mindestens je 4 Vertretern der Unternehmen POSTDIENST und TELEKOM vor.
Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Problem ansprechen, das nicht durch eine Satzungsänderung lösbar ist, das aber gleichwohl zu einer Überlebensfrage für unsere Vereinigung werden kann. Ich meine das Problem der *Informationsbeschaffung.*
Wir werden künftig die höheren Führungskräfte der drei Postunternehmen, des Direktoriums, des BMPT, des Bundesamtes für Mobilfunk, des Bundesamtes für Post und Telekommunikation und weiterer Einrichtungen vertreten. Interessenvertretung ist aber nur möglich, wenn uns die Interessen der Kollegen bekannt sind bzw. wenn wir von Entwicklungen Kenntnis erlangen, die den Interessen unserer Kollegen zuwiderlaufen. Hier ist nicht auszuschließen, daß sich die Dinge bei den einzelnen Organisationseinheiten in unterschiedlicher Weise entwickeln werden. Wir sind deshalb darauf angewiesen, daß uns aus allen Organisationseinheiten Informationen zugetragen werden. Ohne Information können wir keine Aktivitäten entfalten. Ohne unser Handeln im Kollegeninteresse wird eine Mitgliedschaft in unserer Vereinigung zur Farce, und ohne einen hohen Organisationsgrad verlieren wir gegenüber unseren Gesprächspartnern an Gewicht.
Faktum ist für mich jedenfalls dieses: Der Zug in die Entflechtung unserer Post ist abgefahren, und wir bleiben auf der Strecke, wenn es uns nicht gelingt, eine neue Form von Solidarität zu entwickeln und zu praktizieren.

Ich bitte Sie deshalb inständig, im Interesse der gemeinsamen Sache mit der Werbung neuer Mitglieder nicht nachzulassen. Sprechen Sie insbesondere solche Kollegen an, die bei der POSTBANK und den nachgeordneten Einrichtungen des BMPT tätig sind, und versuchen Sie, diese Kollegen für eine aktive Mitarbeit in der VHP zu gewinnen. Wir brauchen Kollegen, die bereit sind, uns zu informieren. Ohne Information über das, was draußen passiert, sind wir nicht in der Lage, dem Anspruch zu genügen, die Interessenvertretung aller Kollegen zu sein.
Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Beobachtung und die Beteiligung an der Diskussion um die Reform des *Beamtenversorgungsrechts.*
Am 10. 11. 89 hat der Bundestag den Gesetzesentwurf zur Änderung der Beamtenversorgung verabschiedet.
Während nach bisher geltendem Recht ein Beamter im Laufe seiner aktiven Dienstzeit eine Anwartschaft auf bis zu 75% seiner letzten Bezüge nach 35 Dienstjahren erreichte, wird er künftig die 75%-Vollversorgung erst nach 40 Dienstjahren erreichen. Bisher stieg der Ruhegehaltssatz degressiv, künftig wird er linear für jedes Dienstjahr um 1,875% steigen. Im Ergebnis wird künftig also die 75%-Versorgung erst 5 Jahre später erreicht als nach bisherigem Recht.
Neu ist auch die Einführung des sogenannten Versorgungsabschlages. Danach vermindert sich das Ruhegehalt um 3,6% für jedes Jahr, das der Beamte vor der Vollendung des fünfundsechzigsten Lebensjahres in den Ruhestand versetzt wird. Die Pension eines Beamten, der mit 62 in den Ruhestand geht, wird somit um 10,8% gekürzt.

Vergegenwärtigt man sich, daß in der Diskussion um die Beamtenversorgung gefordert wurde, die Beamten mögen 35% ihrer Bezüge als Alterversorgungsbeitrag abführen, wobei der höhere Dienst keinen Ausgleich auf die Bruttobezüge erhalten sollte, und daß der Höchstruhegehaltssatz von 75% erst nach 45 Dienstjahren erreicht werden sollte, dann können wir mit dem Ergebnis durchaus leben. Dies gilt vor allem dann, wenn man anerkennt, daß die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik zu einer Reform der Alterssicherungssysteme nötigte.
Das bedeutet nicht, daß wir uns mit dem Gesetz in der jetzigen Fassung absolut zufrieden geben können. Insbesondere solchen Kollegen, die eine Zusatzausbildung absolviert haben oder die vor ihrem Eintritt in den öffentlichen Dienst bei einem nicht öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt waren, wird das Erreichen der Höchstversorgung vielfach unmöglich gemacht. Nachdem im Bereich der DBP verstärkt Wert gelegt wird auf externen Sachverstand, wirkt diese Konsequenz des neuen Beamtenversorgungsrechts wie ein Anachronismus.
Die VHP hat in der Diskussion um die Beamtenversorgung bereits früh Stellung bezogen und die Forderung erhoben, daß die Beamtenversorgung als eigenständiges Alterssicherungssystem erhalten bleibt. Eigene Beiträge der Beamten haben wir strikt abgelehnt.
Bereits am 23. 06. 89 haben wir die beim letzten Delegiertentag verabschiedete Resolution an eine Vielzahl von Meinungsbildnern versandt. Am 01. 09. 89 haben wir erneut ein Rundschreiben an Entscheidungsträger und in der Sache kompetente Institutionen verschickt. Und als das Gesetz mit dem dargestellten Inhalt vom Bundestag verabschiedet war, haben wir im Januar 1990 in einer Stellungnahme unserer Vereinigung die Nachbesserung des Gesetzes gefordert. Wir haben verlangt, daß bei der Berechnung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit auch berufsfördernde Tätigkeiten außerhalb des öffentlichen Dienstes anerkannt werden. Wir haben deutlich gemacht, daß es nur so möglich ist, den höheren Dienst für Kolleginnen und Kollegen mit externer Erfahrung attraktiv zu gestalten.
Ein Dauerbrenner in der Arbeit des Bundesvorstandes ist die Forderung nach *leistungsorientierter Besoldung* auch im höheren Dienst.
Der Abstand der Bezüge der höheren

BERUFSPOLITISCHER LAGEBERICHT

Beamten zu den Einkünften von Führungskräften in der Privatwirtschaft hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Hinzu kommt, daß eine zunehmende Tendenz zur Nivellierung in der Beamtenbesoldung zu verzeichnen ist. So führt die Anpassung der Beamtenbesoldung an die im Tarifbereich ausgehandelten Regelungen dazu, daß die Spanne zwischen den unteren Besoldungsstufen und denen im höheren Dienst immer kürzer wird. Ferner soll die Zulage anläßlich der Versetzung in Ballungsräume nur bis A 14 und nur bis zur 8. Dienstalterstufe bezahlt werden. Dieser Befund hat uns veranlaßt, ein *Positionspapier* der VHP zur Besoldungssituation zu erarbeiten und am 23. 02. 90 den Vertretern der AhD zur weiteren Verwendung zu übergeben.

Bereits am 14. 08. 89 haben wir uns schriftlich an die beiden Staatssekretäre gewandt und eine leistungsgerechte Besoldung insbesondere für die Amtsvorsteher großer Ämter und die Abteilungsleiter der Mittelbehörden gefordert. Gleichzeitig haben wir angemahnt, endlich von der Möglichkeit zur Überschreitung der Stellenobergrenzen auch im höheren Dienst Gebrauch zu machen.

Mit Schreiben vom 17. 10. 89 an den Bundesinnenminister haben wir die längst fälligen strukturellen Verbesserungen in der Besoldung des höheren Dienstes eingefordert.

Einen Schritt in die richtige Richtung bringt insoweit das fünfte Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften, das eine ruhegehaltsfähige Amtszulage für Leiter besonders großer Ämter der Besoldungsgruppe A 16 vorsieht. Nach der unlängst vom Bundestag verabschiedeten Fassung des Gesetzesentwurfs soll die Zulage 75% des Unterschiedsbetrages zwischen dem Endgrundgehalt der BesGr A 16 und der BesGr B 2, das sind knapp 250 DM betragen. Im Laufe der Diskussion um diese Amtszulage ergaben sich ständig Änderungen beim Kreis der dadurch Begünstigten. Während zu Beginn der Diskussion erwogen wurde, allen Amtsvorstehern der BesGr A 16 die Zulage zu gewähren, war die Entwurfsfassung zu Beginn diesen Jahres so gehalten, daß insgesamt nur 17 Amtsvorsteher des Post-, Postbank- und Fernmeldewesens in den Genuß der Zulage hätten kommen können. Nach dem jetzt vom Bundestag verabschiedeten Entwurf wurde zwar die Höhe der Zulage auf 75% des Unterschiedsbetrages zwischen der BesGr A 16 und B 2 gekürzt, dafür wurde aber der Kreis der Begünstigten erweitert, so daß jetzt davon ausgegangen werden kann, daß ca. 30 Amtsvorsteher in den Genuß der Amtszulage kommen werden.

Da der Bundesrat dem Entwurf bislang noch nicht zugestimmt hat, kann derzeit noch nicht mit letzter Sicherheit davon ausgegangen werden, daß es tatsächlich bei der beschriebenen Regelung bleibt. Festzustellen ist, daß die Neuregelung Verbesserungen bringt.

Unserer Forderung, die B-Besoldung auch für die Amtsvorsteher zu öffnen, ist nicht entsprochen worden. Nach wie vor werden die Leiter großer Ämter nach A 16 bezahlt. Wir haben auch nicht die faktische Besoldung nach B 2 erreicht, da die Zulage nicht dem vollen Unterschiedsbetrag zwischen A 16 und B 2 entspricht. Gleichwohl muß anerkannt werden, daß die Tür zur Höherbewertung der AV-Dienstposten erstmals einen deutlichen Spalt breit geöffnet wurde.

Lassen Sie mich abschließend schlagwortartig über weitere Aktivitäten des Bundesvorstandes im letzten Geschäftsjahr berichten.

Mit Schreiben vom 17. 08. 89 haben wir gegenüber dem Minister die Aufnahme der VHP in den Beirat der Führungsakademie gefordert. In seinem Antwortschreiben bezeichnete der Minister unsere Vorstellungen als plausibel und sagte zu, sie in die Beratungen mit den Vorständen einzubringen. Nachdem zwischenzeitlich die Führungsakademie der DBP-Telekom zugeordnet wurde, dürfen wir allerdings nicht darauf vertrauen, daß die Dinge in unserem Sinn laufen. Wir werden deshalb in dieser Sache an den Vorstand der DBP-Telekom herantreten und unser Anliegen erneut formulieren.

Im Berichtszeitraum ist der Bundesvorstand fünfmal zusammengetreten, nämlich im Mai 1989 in Stuttgart, im Oktober 1989 in Koblenz, im Dezember 1989 erneut in Stuttgart und im Januar 1990 in Würzburg. Die letzte Bundesvorstandssitzung fand am 01. 05. 90 hier in Regensburg statt.

Der Beirat tagte zweimal, nämlich am 27./28. 10. 89 in Koblenz und am 26./27. 01. 90 in Würzburg.

Im Laufe des letzten Geschäftsjahres haben Vertreter unserer Vereinigung an fünf Tagungen der „Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes" in Bonn bzw. München teilgenommen. Diese Kontakte zur AhD sind für uns insbesondere in Fragen des Beamtenrechts bedeutsam. Mit ihren mehr als 70.000 Mitgliedern ist die AhD zugleich größer als die VHP und hat deshalb auch mehr politisches Gewicht als wir. Das zeigt sich u. a. daran, daß die VHP auf ihre Zuschriften oft nicht einmal einer Antwort des Innenministers würdig befunden wird, während die AhD zu den Anhörungsverbänden zählt.

Wir haben uns auch bemüht, den Dialog mit den Gewerkschaften des Postpersonals zu pflegen.

Am 5. April 1990 waren die Kollegen des Vorstandes unserer Vereinigung zu Gast bei der Hauptverwaltung der DPG. In dem etwa 2 1/2stündigen Gespräch ging es im wesentlichen um berufspolitische und beamtenrechtliche Fragen und — der tagespolitischen Aktualität gehorchend — um die Forderung der DPG nach Abschluß eines Bemessungstarifvertrages. Die DPG hat sich für synchrone Verhältnisse bei den Unternehmen der DBP ausgesprochen. Unsere Forderung nach einer generellen Zulässigkeit des personellen Wechsels zwischen den einzelnen Postunternehmen heißt sie gut. Hinsichtlich der Zukunft des Beamtentums wird bei der DPG gesehen, daß das Berufsbeamten-

tum derzeit verschiedenen Einflüssen ausgesetzt ist. Einerseits wird durch das europäische Recht das Berufsbeamtentum zurückgedrängt, andererseits stellt sich die Frage seiner Ausdehnung auch auf die Staatsverwaltung der DDR. Anders als die VHP, die für den uneingeschränkten Erhalt des Berufsbeamtentums einsteht, strebt die DPG ein an einheitlichen Grundsätzen orientiertes Personalrecht unter Erhalt bewährter Bestandteile des Beamtenrechts an.

Im Juli letzten Jahres wurde unser Werbeblatt für junge Kollegen fertiggestellt. Unter der Überschrift „Aktiv mit Kolleginnen und Kollegen, aktiv für Kolleginnen und Kollegen" sind auf 4 Spielkarten die Vorzüge der VHP dargestellt. Das Werbeblatt wurde zwischenzeitlich an die Bezirksvereine verteilt und in unserer Zeitschrift sowie im „Diederich Postfachkalender 1990" abgedruckt.

Darüber hinaus haben die Kollegen des Bundesvorstandes und die Stuttgarter Geschäftsstelle ungezählte Stunden ihrer Freizeit aufgewandt für die Organisation unserer Veranstaltungen, insbesondere des Delegiertentages. Es waren Schreiben zu verfassen und Aufsätze für unsere Zeitung zu schreiben.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch dem Redaktionsstab unserer Zeitschrift in Hamburg für seine Arbeit danken. Daß wir mit unserer Zeitschrift ein repräsentatives Organ unserer Vereinigung haben, ist ihr Verdienst. Dafür, daß sie ihre Arbeit ohne Aufhebens lautlos und verläßlich getan haben, bedanke ich mich bei ihnen. Sie gehören zu den Kollegen, die man namentlich kennt und von denen unsere Vereinigung noch ein paar mehr brauchen könnte. Und sie wissen, ich habe mich stets bemüht, dieses Ihnen gegenüber unmißverständlich zu artikulieren.

Es scheint, als ob einige Kollegen in Hamburg nach langen Jahren der Last die Arbeit auf neue, junge Schultern legen möchten. Wenn dem so ist und so bleiben sollte, dann gebührt den scheidenden Kollegen unser aller Dank und Anerkennung und mein persönlicher Respekt.

Den neuen Kollegen indessen gilt mein aufmunterndes Wort, ihnen gilt meine Bitte, allzeit optimistisch zu sein, und ihnen gilt meine Versicherung, wie sie auch dem alten Redaktionsstab galt, allzeit meine persönliche Hochachtung und mein persönliches Vertrauen zu genießen.

Bevor ich nun zum Schluß komme, möchte ich ein Highlight des hinter uns liegenden Jahres erwähnen, auf das ich auch als Bundesvorsitzender unserer Vereinigung ein wenig stolz bin.

Im Juni 1989 hat der Bundespräsident unserem langjährigen Mitstreiter Johann Paffen das Verdienstkreuz erster Klasse verliehen und damit auch seine Verdienste um die Arbeit für unsere Vereinigung gewürdigt.

Wir freuen uns mit Dir, lieber Johnny, daß Dir als einem der unsrigen diese hohe Auszeichnung zuteil wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das hinter uns liegende Geschäftsjahr war ein Jahr des Umbruchs, in dem sich die Veränderungen für die DBP oft über Nacht ergaben. Oft war nicht ersichtlich, an welcher Stelle unseres Unternehmens welche Entscheidungsträger über welche Probleme nachdachten. Erst allmählich konsolidiert sich die Situation wieder. Dieses Jahr war für den Bundesvorstand keine einfache Zeit. Viel Energie und Zeit mußten darauf verwandt werden, mit den sich ergebenden Veränderungen Schritt zu halten. Dennoch glaube ich, daß der Bundesvorstand seinen Auftrag erfüllt und überall da Flagge gezeigt hat, wo dies im Kollegeninteresse geboten war. Ich selbst schaue in Dankbarkeit auf das zurück, was wir seit Bremen gemeinsam geleistet haben und was uns auch an Erfolg zufloß. Ich bin dankbar meinen Kollegen im Bundesvorstand für unentbehrliche und gern empfangene Ratschläge und Hinweise, Ideen, Hilfe und manchmal auch ein aufmunterndes Wort. Ich danke meinen Vorstandskollegen ebenso aufrichtig wie herzlich für das allzeit kollegiale Teamwork. Und wenn vom Vorstand die Rede ist, dann beziehe ich ausdrücklich einen Schwerarbeiter mit ein, und zwar unseren Kollegen Gröber, der dem Vorstand, ohne ein Mandat zu besitzen, allzeit helfend und schaffend beiseite steht.

Etwas Nachdenkliches sei an das Ende meines Berichtes gestellt: Die Gefahr ist groß, daß sich die Kollegen der verschiedenen Unternehmen in ihren eigenen Milieus voneinander entfremden, anstelle sich in Gemeinsamkeit zu begegnen.

Unsere Fähigkeit und unser Wille, gemeinsam für unsere Interessen einzutreten, bedürfen noch der Fortentwicklung, hüten wir uns doch, hinter Gruppenbarrieren und Denkbarrieren die Fahnen zu schwenken, was natürlich leichter, aber auch gefährlicher ist als das fortwährende Ringen um den gemeinsamen Nenner.

Es ist deshalb mein ganz herzlicher Wunsch,

- daß wir allzeit fair miteinander umgehen,
- daß wir sachlich und nicht emotional unsere vielfältigen Interessen einbringen,
- daß wir uns gegenseitig ernst nehmen,
- daß wir bei allen spezifischen Laufbahn- und Unternehmensfragen uns nicht die Kraft für das Bewußtsein kollegialer Solidarität nehmen lassen.

Ich weiß, daß diese Wünsche große Anforderungen an uns alle stellen; große Ziele sind aber nur erreichbar, wenn man auch sich selbst die Meßlatte hochhängt.

Henry Ford gab den Rat: Zusammenkunft ist ein Anfang, Zusammenhalt ist ein Fortschritt, Zusammenarbeit ist Erfolg. Orientieren wir uns danach!

Kapitulieren wir auch nicht vor dem Wellengang unseres berufspolitischen Szenariums.

Um die Herausforderungen, die vor uns liegen, zu meistern, müssen wir uns gegenseitig anspornen und motivieren. Motivieren aber kann man nur, wenn

BERUFSPOLITISCHER LAGEBERICHT

man prägende, anregende und mitreißende Ausstrahlung besitzt.
Haben Sie schon mal einen Pessimisten mit Ausstrahlung gesehen? Seien wir Optimisten.
Theodor Fontane schrieb:
„Wir haben keinen Grund,
hochmütig zu sein,
wir haben auch keinen Grund,
kleinmütig zu sein.
Zwischen Hochmut und Kleinmut
gibt es etwas Drittes: Einfach Mut".
Fontane mag uns damit das Geleitwort für die nächsten 12 Monate gegeben haben. Packen wir's an!

Paul Burkhart

Vergiß Leprakranke nicht!

DAHW
Deutsches
Aussätzigen-Hilfswerk e.V.

Spendenkonto:
9696
Postscheck Nürnberg
(BLZ 760 100 85)
Städt. Spark. Würzburg
(BLZ 790 500 00)

Schwerpunkte der berufspolitischen Arbeit des Bundesvorstandes waren im abgelaufenen Berichtsjahr

- Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes
- Änderung der Besoldungsstruktur durch das 5. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Strukturgesetz 1990)
- Abwehrmaßnahmen gegen wiederaufkeimende Nivellierungstendenzen
- Stellenpläne 1990
- sachgerechte Bewertung der Dienstposten unserer Laufbahngruppe
- Personalmangel im höheren Dienst
- personelle Durchlässigkeit der Unternehmen der DBP und des BMPT
- Erhalt des Berufsbeamtentums nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Beamtenversorgung

Wie Ihnen bekannt ist, haben die gesetzgebenden Körperschaften des Bundes Ende vergangenen Jahres nach heftig geführter Diskussion das Gesetz zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes verabschiedet, das am 01. 01. 1992 in Kraft tritt. Der BV hat versucht — auch in Zusammenarbeit mit der AhD und den Gewerkschaften — die Verschlechterungen der Versorgung durch dieses Gesetz in Grenzen zu halten. Man wird anerkennen müssen, daß durch die steigende Lebenserwartung bei sinkender Geburtenhäufigkeit ein maßvoller Eingriff in die Beamtenversorgung (ebenso wie in die Rentenversicherung) kaum zu vermeiden war.
Ich möchte auf die Einzelheiten des Gesetzes hier nicht mehr näher eingehen. Ich habe dazu schon Ausführungen in der letzten Beiratssitzung gemacht und darf auch auf den ausgezeichneten Aufsatz verweisen, den unser Vorstandskollege Jürgen Bell in der VHP-Zeitschrift (Heft 1/1990) veröffentlicht hat.
Daß es gelungen ist, den Schaden zu begrenzen und die schlimmsten Eingriffe in unser Versorgungssystem zu verhindern, mögen Sie folgenden Fakten entnehmen:
Die Eigenständigkeit der Beamtenversorgung wurde gewahrt. Forderungen, alle Alterssicherungssysteme in ein Einheitskonzept zu pressen, konnten abgewehrt werden.
Es wird auch in Zukunft keine Beitragspflicht für Beamte geben.
Die Höchstversorgung von 75 v. H. der letzten ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge bleibt unangetastet.
Die zunächst beabsichtigte Streckung der für die Höchstversorgung notwendigen ruhegehaltsfähigen Dienstzeit von 35 auf 45 Jahre, die gerade für den höheren Dienst sehr nachteilig gewesen wäre, konnte auf 40 Jahre begrenzt werden.
Den sog. Versorgungsabschlag von 3,6% für jedes Jahr, das ein Beamter vor dem 65. Lebensjahr in den Ruhestand tritt, wird es in gestaffelter Form erst ab dem Jahre 2002, in vollem Umfang erst nach dem 31. 12. 2006 geben.
Eine Übergangsregelung von 10 Jahren wurde durchgesetzt, und es konnte erreicht werden, daß die Beamten, die bei Inkrafttreten des Gesetzes am 01. 01. 1992 55 Jahre und älter sind, nach altem Recht behandelt werden.
Insgesamt kann man also feststellen, daß sich trotz schmerzlicher Härten im Einzelfall mit dem Gesetz leben läßt.

Die Streckung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit auf 40 Jahre bedeutet allerdings, daß die Kolleginnen und Kollegen, die vor dem Eintritt in den öffentlichen Dienst zusätzlich Berufserfahrung bei einem nicht öffentliche Arbeitgeber gesammelt haben, die ein Zusatzstudium absolviert haben oder durch einen Auslandsaufenthalt zusätzliche Fähigkeiten für ihren Beruf erworben haben, den Höchstversorungssatz von 75 v. H. kaum erreichen werden. Wir haben daher über die AhD in einem Schreiben an den BMI eine Ergänzung des § 11 BeamtVG gefordert, um die Anrechnung solcher mitgebrachten berufsfördernden Zeiten zu erreichen, zumal sowohl Abgeordnete der Regierungskoalition als auch der Opposition

unsere Argumente in dieser Frage in Gesprächen anerkannt haben. Soweit ersichtlich bringt das Strukturgesetz 1990 jedoch lediglich eine Verbesserung der Anrechnung von Vordienstzeiten bei kommunalen Wahlbeamten und bei Hochschullehrern, nicht für die anderen Beamten.

5. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften (Strukturgesetz 1990)

Die Besoldungspolitik der vergangenen Jahre war dadurch gekennzeichnet, daß vor zwei Jahren nur geringe Einkommensverbesserungen gewährt wurden, nämlich 2,4% für 1988, 1,4% für 1989 und 1,7% für 1990. Diese Besoldungserhöhungen lagen und liegen mittlerweile deutlich unter den Preissteigerungen von derzeit knapp 3%, so daß Diskussionen über einen „Nachschlag" nicht zu vermeiden waren.

Deshalb war die Bundesregierung gezwungen, anstelle linearer Besoldungsverbesserungen strukturell etwas zu tun. Dies führte zum Entwurf des 5. Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften. Dieses Gesetz, das am 29. 03. 90 vom Bundestag schon verabschiedet wurde und jetzt dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorliegt, bringt u. a. Verbesserungen für den unteren und mittleren Bereich (Anhebung der Grundgehaltssätze, Anhebung der Eingangsämter der Techniker im einfachen und mittleren Dienst, Einbau der Harmonisierungszulage in die Grundgehaltstabelle bis einschließlich BesGr A 8) und die Übernahme des Ergebnisses des Zulagentarifvertrages auf den Besoldungsbereich. Diese Übernahme, die aus Gründen der Gleichbehandlung der Statusgruppen sicher notwendig war, hat zur Folge, daß die bisherige allgemeine Stellenzulage mindestens um 60,— DM (im mittleren Dienst BesGr A 5—A 8 um 83,— DM) erhöht wird oder, soweit sie bisher nicht gezahlt wurde, erstmals in dieser Höhe ausgewiesen wird. Letzteres trifft für alle Beamten des höheren Dienstes ab BesGr A 14, einschließlich der Besoldungsordnung B, zu.

Darüber hinaus hat das Gesetz das Ziel, weitere dringliche, im Strukturbericht der Bundesregierung von Oktober 1988 genannte Strukturprobleme zu lösen. Es soll rückwirkend zum 01. 01. 90 in Kraft treten.

Für den höheren Dienst der DBP sieht das Gesetz — neben der eben erwähnten Zulage von 60,— DM — im wesentlichen nur *eine* konkrete Verbesserung vor, nämlich die Möglichkeit der Zahlung einer ruhegehaltsfähigen Amtszulage für die Leiter von besonders großen und bedeutenden unteren Verwaltungsbehörden — das sind unsere Ämter — der Besoldungsgruppe A 16 in Höhe von derzeit 249,19 DM. Die Quote der Planstellen A 16, die mit einer solchen Amtszulage ausgestattet werden können, wurde vom Innenausschuß von 20 v. H. auf 30 v. H. erhöht.

Damit könnten nach meiner Rechnung insgesamt bei der DBP 34 Planstellen A 16 mit einer Amtszulage ausgestattet werden, und zwar 21 bei TELEKOM, 11 beim POSTDIENST und 2 bei der POSTBANK. Andererseits wurde der Betrag der Amtszulage, die ursprünglich in Höhe des vollen Unterschieds zwischen dem Endgrundgehalt der BesGr A 16 und dem Grundgehalt der BesGr B 2 vorgesehen war, auf Antrag des Bundesrates auf 75 v. H. der Differenz zur BesGr B 2 begrenzt.

Immerhin wird damit (wenn der Bundesrat zustimmt) unserem immer wieder gestellten Begehren, die Leiter größerer Ämter in die Besoldungsordnung B einzustufen, das der BV mit Schreiben vom 17. 10. 89 auch an Bundesinnenminister Schäuble herangetragen hatte, wenigstens teilweise Rechnung getragen.

Keinen Erfolg hatten wir dagegen mit unserer Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Anwärterbezüge bzw. wenigstens der Zahlung eines Anwärtersonderzuschlags für die technischen Laufbahnen des höheren Dienstes. Letzten Informationen zufolge hat der BMI eine Änderungs-Verordnung zur Sonderzuschlags-Verordnung fertiggestellt, die den höheren technischen Dienst in die Anwärtersonderzuschlags-Verordnung einbezieht. Ob in der jeweiligen Laufbahn oder Fachrichtung Anwärtersonderzuschläge gewährt werden, entscheidet danach die oberste Dienstbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen.

Mehr Flexibilität in der Besoldung

Eine interessante Entwicklung in der Besoldungsstruktur möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, auch wenn sie nicht speziell den höheren Dienst betrifft. Im § 72 des BBesG in der Fassung des Strukturgesetzes 1990 wird der Bundesinnenminiser ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Gewährung von Sonderzuschlägen für solche Laufbahnen zu regeln, in denen die Deckung des Personalbedarfs dies im konkreten Fall erfordert. Dieser Sonderzuschlag kann bis zum Gesamtbetrag von vier Steigerungsstufen oberhalb der Dienstaltersstufe der Besoldungsgruppe des Beamten betragen. Das wären — wenn dieser Sonderzuschlag auch für den höheren Dienst in Betracht käme — z. B. in BesGr A 13 ca. 531,— DM und in A 14 ca. 688,— DM

Der Innenausschuß des Bundestages, der diese Regelung zusätzlich in den Gesetzentwurf einarbeitete, hält ein solches flexibel einsetzbares besoldungsrechtliches Instrument für dringend erforderlich, um die Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bereichen mit Nachwuchsmangel und Abwanderungstendenzen wirksam zu sichern. Hier setzt sich die schon seit einiger Zeit zu beobachtende Tendenz fort, nicht mehr an starren einheitlichen Besoldungsregelungen festzuhalten, sondern Probleme auch mit Sonderregelungen zu lösen, die nur auf bestimmte Beschäftigtengruppen zutreffen. Der Bundespostmi-

nister hatte mit den im Rahmen der Postreform durchgesetzten Sonderregelungen im Besoldungsrecht (Leistungszulagen-VO, Rahmenrichtlinie für die Gewinnung qualifizierten Nachwuchses, Überschreiten der Stellenobergrenzen) hierfür ja sozusagen den Startschuß gegeben.

Die Besoldung der Beamten wird sich in Zukunft also nicht mehr ausschließlich am Arbeitswert der ausgeübten Tätigkeit orientieren, sondern immer stärker auch die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Bereichen berücksichtigen. Dies müssen wir zwar einerseits als Führungskräfte der Unternehmen der DBP, die im Wettbewerb mit der Privatindustrie — auch auf dem Arbeitsmarkt — stehen, begrüßen, um qualifizierte Kräfte zu gewinnen bzw. zu halten, andererseits kann es dadurch bei den Angehörigen der Laufbahnen, die nicht in den Genuß solcher Sonderregelungen kommen, aber gleichwohl schwierige Arbeit verrichten, zu einer gewissen Demotivation kommen.

Ob diese Sonderzuschläge auch für Laufbahnen des höheren Dienstes in Betracht kommen, muß angesichts unserer Erfahrungen mit der Anwärtersonderzuschlags-Verordnung und der Tatsache, daß wir im höheren Dienst rein zahlenmäßig noch genügend Kräfte am Arbeitsmarkt gewinnen können, mit Skepsis betrachtet werden.

Offenbar ist es zunächst auch nicht vorgesehen, an Bewerber für den höheren Dienst Einstellungsprämien (bis zum Einfachen der fiktiven Jahresanwärterbezüge möglich) zu zahlen. Voraussetzung dafür wäre, daß in einer Laufbahn des höheren Dienstes ein in absehbarer Zeit nicht zu beseitigender erheblicher Nachwuchsmangel besteht.

Nivellierungstendenzen

Mit Sorge stellt der Bundesvorstand fest, daß u. a. aufgrund des Maßnahmebündels des Strukturgesetzes 1990, das insbesondere den unteren Besoldungsgruppen zugute kommt, die Nivellierungstendenzen in der Besoldung wieder zunehmen. Wir wenden uns — um nicht falsch verstanden zu werden — nicht gegen diese Verbesserungen, weil die Nähe der Bezüge im einfachen Dienst zu den Sozialhilfesätzen zum Handeln zwang.

Wir beklagen aber, daß der höhere Dienst bei einigen der beabsichtigen Maßnahmen ganz oder teilweise ausgeschlossen werden soll. So ist z. B. vorgesehen, die örtliche Prämie, die bei Versetzungen in Ballungsräume bis zur Höhe von 8000,— DM gezahlt werden kann, nur bis zur Besoldungsgruppe A 14, achte Dienstalterstufe, zu gewähren, obwohl die überdurchschnittlichen Kosten für Wohnraum auch an den höheren Beamten nicht vorübergehen.

Durch die niedrigen Anhebungen der Bezüge in den Jahren 1988—1990 ist der Abstand der Besoldung des höheren Dienstes zu den Gehältern von Führungskräften in der Wirtschaft weiter angestiegen. Unser Ziel und auch Ziel der Unternehmen der DBP muß es aber sein, den höheren Dienst auf Dauer für qualifizierte Nachwuchskräfte attraktiv zu erhalten. Wir erwarten daher für das kommende Jahr eine deutliche lineare Erhöhung der Besoldung.

Einheitliches Gesamtkonzept nötig

Insgesamt muß man feststellen, daß durch das 5. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften die Besoldung nicht sachgerecht fortentwickelt, sondern durch zahlreiche Einzelmaßnahmen, z. B. im Zulagenbereich, weiter verzerrt wird. Es ist daher höchste Zeit, ein umfassendes Gesamtkonzept für die Fortentwicklung der Besoldungsstruktur zu erarbeiten, das die Grundsätze einer anforderungs- und funktionsgerechten Bezahlung beachtet und die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Vergleich zur Privatwirtschaft sichert. Mit der „Flickschusterei" in der Besoldung, die nun schon seit 10—15 Jahren betrieben wird, muß endlich Schluß sein!

Stellenpläne 1990

Die Stellenpläne 1990, die erstmals für die drei Unternehmen der Post getrennt aufgestellt wurden, weisen sowohl für die Außenverwaltung einschließlich der Zentralen Mittelbehörden als auch für die Generaldirektionen erfreuliche Zuwächse für unsere Laufbahngruppe, insbesondere bei TELEKOM und bei der POSTBANK, aus. Sie resultieren in erster Linie aus dem Aufgabenzuwachs durch die Neustrukturierung der DBP. Ich möchte Sie jetzt nicht mit Zahlen langweilen, zumal wir das Zahlenspiel der Stellenpläne im letzten Nachrichtenblatt veröffentlicht haben.

Lassen Sie mich nur kurz erwähnen, daß der POSTDIENST mit einem Plus von 4,1% in der Außenverwaltung deutlich am schlechtesten abgeschnitten hat, während TELEKOM (+ 24,4%) und POSTBANK (+ 178,4%) Rekordzuwächse zu verzeichnen hatten.

Der BMPT, der diese Stellenpläne noch erstellt hat, war angesichts dieser hohen Zugänge der Auffassung, daß genügend Anreize für den höheren Dienst geschaffen worden seien, und verzichtete daher auf die durch das Poststrukturgesetz eröffnete Möglichkeit der Überschreitung der Stellenobergrenzen. Wir haben in den Gesprächen mit den Vorständen der Unternehmen unsere Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die Überschreitungsmöglichkeiten in den Stellenplänen 1991 auch genutzt werden.

Sachgerechte Bewertung der Dienstposten

Unserem Anliegen, die Amtsvorsteher großer und bedeutender Ämter der BesGr A 16 zukünftig nach BesGr B 2 zu bewerten, ist mit der Gewährung einer Amtszulage für 30 v. H. der Planstellen A 16 für Amtsvorsteher wenigstens teilweise Rechnung getragen worden. Das kann aber nur der erste Schritt in Richtung einer vollen Einbeziehung

dieser Dienstposten in die BesGr B 2 sein.
Die Vorbemerkung 21 zu den Besoldungsordnungen A und B enthält in der Fassung des Entwurf des Strukturgesetzes 1990 darüber hinaus folgenden Passus:
„Bei der Anwendung der Obergrenzen des § 26 Abs. 1 auf die übrigen Leiter unterer Verwaltungsbehörden bleiben die mit einer Amtszulage ausgestatteten Planstellen der BesGr A 16 unberücksichtigt". Das bedeutet im Klartext, daß ein Nachrücken aus der BesGr A 15 in die BesGr A 16 für Amtsvorsteher in dem Umfang möglich wird, in dem Planstellen der BesGr A 16 mit einer Amtszulage ausgestattet werden. Demnach könnten also — wenn meine Rechnung stimmt — insgesamt 34 AV-Dienstposten bei der DBP von BesGr A 15 nach A 16 höherbewertet werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdiente nach der Neustrukturierung der OPDn in die beiden Bereiche POSTDIENST und TELEKOM die Bewertung der Dienstposten der Abteilungsleiter der regionalen Mittelbehörden. Unser Ziel war es, eine Bewertung in erster Linie nach BesGr B 2, mindestens aber nach A 16, zu erreichen. Dies ist uns — bedingt durch die deutliche Vermehrung der Zahl der Abteilungsleiter-Dienstposten — leider nicht in vollem Umfang gelungen.
Bei TELEKOM sind von insgesamt 74 Abteilungen noch 17 nach BesGr A 15 bewertet. Nach Angaben der Generaldirektion TELEKOM scheitert die Zuordnung aller Abteilungsleiter-Dienstposten zumindest zur BesGr A 16 an den haushaltsseitigen Gegebenheiten. Sie würde zu einem nicht vertretbaren Stellenpuffer mit etwa fünfjähriger Wartezeit von der Dp-Übertragung bis zur Beförderung führen. Wir sind aber dankbar dafür, daß die Generaldirektion T auch ausdrücklich zum Ausdruck gebracht hat, daß sie die generelle Zuordnung aller Abteilungsleiter-Dienstposten zumindest zur BesGr A 16 anstrebe und dieses Ziel nach und nach zu erreichen gedenke.

Im Bereich POSTDIENST sind von insgesamt 61 Abteilungsleiter-Dienstposten 8 Dienstposten nach BesGr A 15 bewertet, und zwar sind das die Dienstposten bei den großen OPDn B 7, die noch nachträglich eingerichtet wurden. Wir gehen im übrigen davon aus, daß die ausschreibungslose Besetzung der neuen Abteilungsleiter-Dienstposten eine einmalige Ausnahme war, um die Funktionsfähigkeit der OPDn nach der Neuorganisation zum 01. 03. 90 sicherzustellen und erwarten, daß diese Dienstposten aus Gründen der Chancengleichheit für alle und der Transparenz in Zukunft wieder ausgeschrieben werden.

Eine deutliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Regelung beinhaltet der Schlüssel der Referatsleiter-Dienstposten der OPDn beim Bereich TELEKOM, wonach 40 v. H. nach BesGr A 15 (60 v. H. nach A 13/14) zu bewerten sind. Man kann nur hoffen, daß die Generaldirektion P zu einer ähnlichen Regelung kommt.

Personalsituation im höheren Dienst

Durch den großen Mehrbedarf an Stellen für den höheren Dienst in Bonn bei den Generaldirektionen und dem BMPT aufgrund der Neustrukturierung sind von den OPDn und den Ämtern sehr viele qualifizierte Beamte abgezogen worden. Die Zentrale zieht D-Beamte an wie das Licht die Motten. Durch den Sog von unten nach oben sind in erster Linie die Ämter die Leidtragenden. Insbesondere bei den Postämtern fehlen allenthalten Abteilungsleiter des höheren Dienstes. Die freien Dienstposten müssen entweder übertragen werden, was der Aufgabenerledigung nicht dient, oder es müssen gehobene Beamte nachgezogen werden.

Dies hat insofern fatale Folgen, weil hierdruch die erst vor 2 Jahren im Rahmen der Neubewertung der Amtsleitungen verfügte Aufschichtung von ca. 80 Abteilungsleiterdienstposten bei den Postämtern vom gehobenen in den höheren Dienst konterkariert wird. Diese Aufschichtung hatte nämlich ausdrücklich das Ziel, den Ersteinsatz von jungen Nachwuchsbeamten auf Amtsebene zu erhöhen. Das Gegenteil ist jetzt der Fall, weil offenbar weder der höhere Bedarf durch die Neustrukturierung noch durch die schnelle Realisierung der Aufschichtung in genügendem Maß in die Personalplanung für die Einstellungen in den höheren Dienst einbezogen worden sind. Die Postgilde fordert — was man ihr aus ihrer Sicht nicht einmal verdenken kann — die Rückbewertung der aufgeschichteten und nicht besetzten Abteilungsleiterdienstposten in den C-Dienst. Auch von einer stärkeren Öffnung dieser Dienstposten für den erleichterten Aufstieg oder den neuen Verwendungsaufstieg nach § 33a BLV ist die Rede.
Der Bundesvorstand wird wohl in den Gesprächen mit den Generaldirektionen darauf drängen müssen, daß hier schnell gegengesteuert wird und jetzt nicht noch wesentlich mehr D-Beamte in die Zentralen abgezogen werden, bei allem Verständnis für die wichtigen Aufgaben in den Zentralen. Denn offenbar ist der Bedarf in Bonn immer nocht nicht gedeckt. Andererseits können wir Kolleginnen und Kollegen, die in den Generaldirektionen Beförderungsmöglichkeiten haben, diese Aufstiegschancen nicht nehmen.
Man muß höheren Orts ja auch bedenken, daß die Arbeit an der Basis, wo die Betriebsaufgaben nach wie vor anfallen, sich durch die Postreform in ihrer Qualität nicht verschlechtern darf. Außerdem darf bei den Führungskräften vor Ort nicht das Gefühl aufkommen, mit ihren Problemen von der Zentrale im Stich gelassen zu werden.

Personelle Durchlässigkeit der Unternehmen der DBP

Den angenommenen Anträgen des letzten Delegiertentages in Bremen folgend haben wir uns in den Gesprächen mit den Vorständen für eine wechselseitige personelle Durchlässigkeit der

Unternehmen und des BMPT für die Beamten des höheren Dienstes eingesetzt; d. h. also, daß alle Kolleginnen und Kollegen auch zukünftig die Möglichkeit haben sollen, sich um Dienstposten in allen Unternehmen und beim BMPT zu bewerben, und bei der Vergabe der Dienstposten nach den gleichen Kriterien berücksichtigt werden.
Die Gründe für einen solchen Wechsel zwischen den Unternehmen, die wir in allen unseren Gesprächen dargelegt haben und die unser Kollege Franz-Josef Otte in einem lesenswerten Aufsatz der VHP-Zeitschrift (Heft 4/89) im einzelnen zu Papier gebracht hat, sollen hier nur noch einmal schlagwortartig aufgegriffen werden.
Die Durchlässigkeit dient sowohl den Unternehmen als auch den Führungskräften.
Für die *Unternehmen* wirkt sich befruchtend aus, daß sie neue Ideen und Impulse erhalten und die innovativen Kräfte gestärkt werden. Außerdem erhöht sich das Angebot an qualifizierten Bewerbern. Man hat mehr Auswahlmöglichkeiten.
Für die *Führungskräfte*, die sich auch bisher schon durch Flexibilität und Mobilität auszeichneten, eröffnen sich mehr berufliche Möglichkeiten und erhöhte Fortkommenschancen. Dies steigert die Motivation und die Leistungsbereitschaft.
In unserem Gespräch mit der Generaldirektion TELEKOM hat der Vorstandsvorsitzende Ricke diese Argumente sehr positiv aufgenommen und sich für eine Absprache der Unternehmen in dieser Frage ausgesprochen.
Darüber hinaus hat er zugesichert, daß auch nichttechnisch vorgebildeten höheren Beamten (u. a. Juristen, Volks- und Betriebswirten) angemessene berufliche Exspektanzen geboten werden sollen.

Erhalt des Berufsbeamtentums nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Im Zuge der näherrückenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist eine erneute Diskussion um das Berufsbeamtentum entfacht worden. Es gab Stimmen bei Politikern, Gewerkschaften und Presseorganen, die das Berufsbeamtentum in einer neuen Verfassung für ein vereinigtes Deutschland einschränken oder sogar abschaffen wollen. Deshalb kaum auch bei den Anhängern des Berufsbeamtentums die ernsthafte Sorge auf, ob Art. 33 GG in seiner jetzigen Fassung gehalten werden kann. Man sieht eine gefährliche Zangenbewegung: Einerseits die Freizügigkeitsregelung des Art. 48 EWG-Vertrag, der eine Beschränkung des Berufsbeamtentums auf einen Kernbereich rein hoheitlicher Tätigkeiten zur Folge haben könnte, und andererseits eine neue gesamtdeutsche Verfassung, die ein einheitliches, von vielen gewünschtes Dienstrecht postuliert.

Die ärgste Bedrohung für den Bestand des Berufsbeamtentums sehe ich zwar im Grundsatz als überwunden an, nachdem mittlerweile Einigkeit zwischen der Bundesregierung und der neuen Regierung der DDR herrscht, daß die Vereinigung der Staaten über den Weg des Beitritts der DDR nacht Art. 23 GG vor sich gehen soll. Es melden sich aber immer noch Politiker der SPD, aber auch der FDP zu Wort, die jetzt den Zeitpunkt für gekommen halten und den Anlaß der Wiedervereinigung dazu nutzen wollen, das Berufsbeamtentum auf staatliche Hoheitsaufgaben, wie z. B. Polizei und Justiz, zu beschränken. Damit ständen Verkehrs- und Betriebsverwaltungen wie Post und Bahn weitgehend außerhalb des Beamtentums.
Hinzu kommt, daß es immer wieder Stimmen gibt, die der Meinung sind, daß nach der Postreform das Beamtenverhältnis ohnehin nicht mehr für die Bediensteten der Unternehmen der DBP passe. Dabei wird auf die zukünftig privatrechtlich ausgerichteten Rechtsverhältnisse zu den Kunden und insbesondere auf die Trennung in Hoheitsaufgaben und in betriebliche Aufgaben, die von den Unternehmen wahrgenommen werden, verwiesen. Daß auch den Unternehmen weiterhin eine Reihe von hoheitsrechtlichen Tätigkeiten vorbehalten sind, wird hierbei geflissentlich übersehen.

Wasser auf die Mühlen derjenigen, die das Beamtentum für die Post ganz über Bord werfen wollen, ist auch die im PostVerfG verankerte weite Ausdehnung des öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisses für leitende Funktionen bis hin zu den Vizepräsidenten der Mittelbehörden. Warum sollen — so wird hier sicher nicht ganz zu Unrecht gefragt — Postzusteller und Entstörer weiterhin Lebenszeitbeamte sein, wenn alle oder fast alle wichtigen Leitungsfunktionen mit essentiellen Verantwortungsbereichen nichtbeamteten Funktionsträgern überlassen werden? Ob die weite Ausdehnung der öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisse mit dem Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG vereinbar ist, wird ja auch von einigen Verfassungsrechtlern in Frage gestellt. Wenn jetzt auch noch von der Möglichkeit der Beschäftigung im außertariflichen Angestelltenverhältnis des § 47 (2) PostVerfG im größeren Umfang Gebrauch gemacht werden sollte — und dafür gibt es einige Anzeichen — dann wird einem als Verteidiger des Berufsbeamtentums für den Bereich der Post die Argumentation sehr schwer gemacht. Das haben wir sowohl in der öffentlichen Anhörung des Bundestages zum Poststrukturgesetz als auch in unserem Gespräch mit dem Vorstand der DPG erfahren müssen.

Wir werden Gelegenheit haben, diese Probleme in der Antragsdiskussion weiter zu vertiefen, denn der BV hat zum Thema Berufsbeamtentum nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten noch einen zusätzlichen Antrag eingebracht.

Resümee

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir zum Schluß noch ein

AhD - 1990

Bericht über die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes

kurzes Resümee der Berufspolitik im abgelaufenen Berichtsjahr.
Allgemein geht es berufspolitisch nach vielen Jahren der Dürre langsam wieder aufwärts, ohne daß nun etwa die fetten Jahre bevorstehen. Die werden m. E. schon deshalb für die Beamten nicht anbrechen, weil in den kommenden Jahren wohl jede überzählige Mark in die DDR gepumpt wird. Speziell für den höheren Dienst hat sich allerdings im vergangenen Jahr besoldungsmäßig (was die Besoldungsstruktur angeht) wenig getan. Denn die sicher sehr positiv zu wertende Rücknahme der Absenkung der Eingangsbesoldung wurde zwar erst zum 01. 01. 90 wirksam, war aber bereits Ende 1988 beschlossene Sache.
Vergessen wir bei einer berufspolitischen Bilanz aber nicht die Verbesserung der Fortkommensmöglichkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen durch die Vielzahl an zusätzlichen Planstellen sowohl bei den Außenverwaltungen als auch bei den Generaldirektionen und beim BMPT, die sich aufgrund der Neustrukturierung der DBP ergaben. Immerhin weisen die Stellenpläne 1990 einen Zugang von ca. 650 Planstellen für unsere Laufbahngruppe aus. Das sind fast so viel Planstellen in einem Jahr wie sie in der Vergangenheit innerhalb der letzten 10 Jahre geschaffen worden sind.
Insofern gesehen war es also insgesamt ein gutes, wenn nicht sogar ein sehr gutes Jahr!
Johann Paffen

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes hatte im vergangenen Jahr ein sehr breites berufspolitisches Feld zu bearbeiten, das durch folgende Hauptthemen bestimmt war:

Zur Zeit des Delegiertentages unserer Vereinigung in Bremen standen noch die Fragen im Zusammenhang mit Art. 48 EG-Vertrag — Freizügigkeit im öffentlichen Dienst — im Vordergrund der Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft.
Bereits im Sommer 1989 aber war die Novellierung des Beamtenversorgungsgesetzes in seiner Verknüpfung mit der Rentenreform das Hauptthema unserer Arbeit.

Danach gewannen die recht unvermittelt einsetzenden Bemühungen des Bundesministeriums an einem Gesetzgebungsvorhaben, welches inzwischen als 5. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften ergangen ist, an Aktualität.

Zur Zeit steht auch für die Mitgliederverbände der AhD die gesamtdeutsche Entwicklung auf der Tagesordnung. Hier entbrannte bereits eine Diskussion über die Gestaltung des Rechts des öffentlichen Dienstes in einem künftigen vereinigten Deutschland.

1. Freizügigkeit in der EG

Der EG-weite Markt, der sich herausgebildet hat und dessen letzte Schranken voraussichtlich am 01. 01. 1993 gefallen sein werden, hat in der gesamten Wirtschaft einen lebhaften Personalaustausch nach sich gezogen. Die öffentlichen Dienste können sich dem nicht entziehen. Inzwischen gibt es eine stattliche Anzahl gerichtlicher Einzelfallentscheidungen. Allein diese verhältnismäßig große Zahl von Entscheidungen zeigt, daß es in einem beachtlichen Maße vorkommt, daß EG-Ausländer in den öffentlichen Diensten beschäftigt werden, und zwar nicht nur als Gastarbeiter in einfachen oder anspruchslosen Bereichen, sondern auch in Tätigkeiten, die eine hohe Ausbildung erfordern.

Für unsere Arbeit ist es wichtig, den Begriff „Öffentliche Verwaltung" so zu definieren, daß die öffentliche Verwaltung jedes Landes ihren Beitrag zur Identität und Eigenart ihres Landes weiterhin geben kann. Inzwischen scheint sich im politischen Raum die Auffassung durchgesetzt zu haben, daß das Recht jedes Staates, sein Beamtenrecht bzw. sein Recht des öffentlichen Dienstes zu gestalten, als Ausfluß seiner Souveränität zu wahren ist. Dieses ist ja in Art. 48 Abs. 4 des EG-Vertrages auch vorgegeben. Allerdings enthält das EG-Recht Souveränitätsverzichte der Mitgliedsländer, die mit fortschreitender Verwirklichung der Vertragsziele auch eintreten. Am Ende der Entwicklung könnte stehen, daß nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit Voraussetzung für die Verbeamtung ist, sondern daß eine EG-Staatsangehörigkeit genügt. Zur Eignung für das Amt, die ja auch jetzt schon gefordert ist, wird die sprachliche Fertigkeit in besonderem Maße gehören.

Die Lösung wird darin liegen, daß Definitionen zu Art. 48 von den Mitgliedsländern vereinbart werden oder zum Gegenstand einer Richtlinie gemacht werden. Man muß anstreben, daß dabei die institutionelle Sichtweise der öffentlichen Verwaltung, die in der Bundesrepublik stark ausgeprägt ist, berücksichtigt wird.

Herr Prof. Gallwas von der Universität München hat zu dem Thema unter dem Titel „Die Beamten zwischen Kompetenz und Beteiligungsföderalismus im Schnittpunkt von Land, Bund und Europa" am 07. 03. 1990 in Bonn Bad-Godesberg referiert. Der Beitrag wird in der Reihe „Verantwortung und Leistung" erscheinen und eine wertende Ergänzung zum Heft Nr. 17 vom Mai 1988 über „Die Freizügigkeitsrechte des Art. 48 EWG-Vertrag und der öffentliche Dienst" bringen; in diesem Heft 17 wurde eine Bestandsaufnahme geliefert.

2. Neuordnung der Beamtenversorgung im Zusammenhang mit der Rentenreform

Das Gesetzgebungsvorhaben war von Anfang bestimmt durch das Streben, eine breite parlamentarische Mehrheit zu erlangen. Befürchtungen, daß die Gelegenheit wahrgenommen werde, die Beamten zu Versorgungsbeiträgen heranzuziehen, wurden bereits mit Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 12. Oktober 1988 zerstreut. Das Ergebnis der Anpassung der Beamtenversorgung an die Rentenreform ist: Bei 40 Dienstjahren wird auch künftig der Ruhegehaltssatz von 75% beim Eintritt in den gesetzlichen Ruhestand erreicht. Beim Eintritt in den Ruhestand vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze von 65 Jahren ist ein Versorgungsabschlag vorgesehen, der zum Zeitpunkt der vollen Wirksamkeit des Gesetzes ab 31. 12. 2006 3,6% für jedes Jahr vor Vollendung des 65. Lebensjahres beträgt. Im einzelnen sind Ablauf und Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens vom Kollegen J. Bell im Heft 1/1990 der VHP-Zeitschrift dargestellt. Darauf wird verwiesen.

Die AhD hatte sich bei allen für sie erreichbaren Stellen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür eingesetzt, die Regelung für die Beamten so günstig zu gestalten, wie es nur eben ging, und in ihrem Interesse zu erhalten, was bisher bestanden hatte. Dazu haben wir gesprochen mit Politikern und hohen Beamten. Ein Ziel war es, dafür zu sorgen, daß die Regelungen für die Anerkennung berufsdienlicher Zeiten vor Beginn des Beamtenverhältnisses verbessert werden. Obwohl wir in dieser Frage von Parlamentariern aller Fraktionen viel Zustimmung erhalten haben, ist aber eine Änderung der Anrechnungsvorschriften nicht erfolgt. Man hat allgemeingültig gesagt, daß sie auch nicht in das Reformwerk gepaßt hätte. Sachlich ist aber festzustellen, daß es eine widersprüchliche Behandlung der Materie ist, wenn man Regeln aus dem Rentenversorgungsrecht in das Beamtenversorgungsrecht transponiert, welche beim vorzeitigen Ruhestand wirksam werden, nicht aber auch parallele Regelungen schafft für die Anrechnung mitgebrachter, amtswirksamer Berufsdienstzeiten. Ein kleiner Erfolg ist nachträglich für die Hochschullehrer und die kommunalen Wahlbeamten eingetreten (5. Strukturges.).

Sie können Zeiten bis zu fünf Jahren, darüber hinaus zur Hälfte (Bereich Hochschulen) bzw. bis zu vier Jahren (kommunale Wahlbeamte) außerhalb des öffentlichen Dienstes angerechnet bekommen, die für die Amtswahrnehmung von Bedeutung sind. Wir hoffen, daß sich diese Vorbildregelung später einmal ausbauen läßt.

3. Gesetz zur Verbesserung besoldungsrechtlicher Vorschriften

In diesem Gesetz ist zunächst einmal die Überleitung des tariflichen Nachschlages für die Tarifkräfte des öffentlichen Dienstes durch neue Zulagen bzw. die Erhöhung der Zulagen auf die Beamten vorgenommen worden. Anfängliche Besorgnisse, hier könnten Beamte ausgeschlossen werden, haben sich damit nicht bestätigt. Die nivellierende Wirkung dieser Entscheidung müssen wir tragen. Wir haben sie mit den Angehörigen der hohen Tarifgruppen im öffentlichen Dienst gemeinsam. Es ergibt sich also ein Merkposten in puncto Nivellierung — unserem alten Dauerthema —, aber wir halten es nicht für angebracht, dies im Augenblick besonders herauszustellen. Es würde gegen uns ausschlagen.

Eine wichtige Neuerung enthält dieses Gesetz wegen der Veränderung in der Bezahlung der Leiter großer und wichtiger Behörden der Besoldungsgruppe A 16. Diese Stufe A 16 Z liegt auf der gleichen Linie, wie sie im Strukturgutachten — Heft Nr. 16 der Reihe Verantwortung und Leistung — angeregt worden war. Es ist die Alternative und der gleichzeitig erste Schritt, die Behördenleiter großer und besonders wichtiger Ämter an die Besoldungsordnung B heranzuführen. Es wäre zu kompliziert und schwierig gewesen, dies zum jetzigen Zeitpunkt zu machen. Zeitweise war ja sogar vorgesehen, abweichend vom allgemeinen Recht im Zulagewesen, die Zulage so zu gestalten, daß sie den vollen Ausgleich zur Besoldungsgruppe B 2 erbracht hätte. Dieses ist dann aus systematischen Gründen schon nicht durchführbar gewesen. Noch viel schwieriger wäre es gewesen, die vielfältigen Änderungen in der Anlage zur Besoldungsordnung in den B-Gruppen zu schaffen. Die AhD wird das aber weiter verfolgen, weil sie es für den richtigen Weg hält.

4. Vereinigung der beiden Deutschen Staaten

Ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 05. 03. 1990 und Anmerkungen in der Frankfurter Rundschau, die sich mit Inhalten der künftigen deutschen Verfassung befaßten, lösten Befürchtungen aus, daß der Gedanke des Berufsbeamtentums's im Zusammenhang mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Schaden nehmen könnte. Nicht so publikumswirksam sind natürlich die Stimmen, die fordern, das Berufsbeamtentum zu bestätigen. Dieses Postulat wird auch von Staatsrechtslehrern erhoben. Dabei muß gesehen werden, daß das Grundgesetz Spielräume für die Gestaltung des Rechts des öffentlichen Dienstes läßt, die Fortentwicklung und Modernisierung ermöglicht.

Mit Schreiben vom 15. 03. 1990 an den Bundeskanzler, die zuständigen Bundesminister, an die Fraktionsvorsitzenden und den Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat die AhD ihre Vorstellungen dargelegt und die Erhaltung des Berufsbeamtentums gefordert.

Inzwischen haben uns die ersten Antworten auf das Schreiben der AhD erreicht, mit denen wir zufrieden sein können.

5. Veröffentlichungen

Die AhD hat im Berichtszeitraum die Hefte Nr. 19 „Der Teilzeitbeamte als Regeltyp" von Prof. Dr. Ulrich Battis und das Heft Nr. 20 „Die Verfassungspflicht des Dienstherren zum Einsatz von Beamten bei der Erfüllung staatlicher Daueraufgaben" von Prof. Dr. Helmut Lecheler herausgebracht. In der Arbeit von Prof. Lecheler, der auch die Verwaltungspraxis in den einzelnen Bereichen untersucht hat, ist für die Deutsche Bundespost positiv angemerkt, daß es bei ihr keine Entbeamtungstendenz gibt. Im Gegenteil, der Beamtenanteil am Personalbestand der Deutschen Bundespost hat sich seit 1953 ständig erhöht. Das seit der Neuordnung der Führungsstruktur der Deutschen Bundesbahn durch Gesetz vom 18. 12. 1981 stärker genutzte Institut des öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisses ist — so stellt der Gutachter fest — bisher von der Rechtsprechung nicht beanstandet worden. Die eigene, etwas einschränkende Auffassung des Wissenschaftlers ist die, daß gegen das öffentlich-rechtliche Amtsverhältnis keine Einwendungen erhoben werden können, solange es sich im Regel/Ausnahmeverhältnis bewegt.

6. Gespräche

An den bereits erwähnten Gesprächen der AhD mit Politikern und hohen Beamten war die VhP intensiv durch die Herren Burkhart, Paffen, Otte und Müller als Verbindungsmann zur AhD beteiligt.
Zum Problem der Anrechnung von Vordienstzeiten sind weitere Erörterungen mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses, Herrn MdB Bernrath, bereits verabredet.
Ferner beabsichtigen wir, mit den „zuständigen" Abgeordneten der Koalition diese Frage nochmals zu besprechen.

7. Allgemeine Information über die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes

Die AhD wurde am 15. Januar 1965 gegründet, besteht also seit 25 Jahren.
Sie ist der Zusammenschluß von zwölf Berufsverbänden höherer Beamter, die zusammen über 71.000 Mitglieder haben.
Als weiteres Mitglied hat der Bundesverband Deutscher Geologen sein Interesse an der Mitgliedschaft bekundet.
Die Arbeitsgemeinschaft agiert auf der Grundlage einer weitgefaßten Kooperationsvereinbarung vom 29. Oktober 1979, die die Eigenständigkeit jedes Mitgliederverbandes wahrt. Ihre Finanzen sind sehr gut geordnet, wobei hervorzuheben ist, daß bei der Festsetzung der Mitgliedsbeiträge die Interessen der Mitgliederverbände im Vordergrund stehen. Zeitweise sind die Beiträge gesenkt worden.
Die Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost ist in diesem Verband gut aufgehoben.

Alfred Müller

AhD - 1990 BERICHT ÜBE

Bericht über die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich Ihnen heute über die Tätigkeit der FEFAS berichte, so erinnere ich noch einmal daran, daß zur Zeit unser britischer Kollege Dr. Charles Markus die Geschicke der FEFAS leitet.
Da wir gerade bei den Personalien sind, möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit mitteilen, wer auf deutscher Seite in der FEFAS mitarbeitet.

Es sind dies:
- Dr. Brauns-Packenius, Frankfurt, Ehrenpräsident der FEFAS, Verbindungsmann zwischen VHP und FEFAS
- Dr. Frieder Luaxmann, Karlsruhe, deutsches Vorstandsmitglied
- Harald Krueger, Darmstadt, Mitglied der Arbeitsgruppe „Strukturen"
- Rainer Friedrichowitz, Berlin, Mitglied der Arbeitsgruppe „Kontakte"
- Werner Gutknecht, Tübingen, Mitglied der Arbeitsgruppe „Ruhestand"
- Annette Raff, Karlsruhe, Arbeitskreis „Jüngere Mitarbeiter"
- Hans Joachim Krupke, Siegburg, Arbeitskreis „Kongreß 1990"

Dr. Markus hat in der Zeitschrift Nr. 4 der FEFAS ein Interview gegeben und darin die Ziele der FEFAS nach dem heutigen Stand formuliert.

Zu den Zielen gehören
- eine Konsolidierung der Vereinigung unter Integration von Spanien
- eine Verbesserung des Informationsflusses
- eine Überprüfung von Aufbau und Aktivitäten der Arbeitsgruppen
- eine Weiterentwicklung der Kongreßthemen auf dem jeweils folgenden Kongreß.

Was die Lage der Postdienste in Europa anbetrifft, so wachsen in allen Ländern die Probleme. Die bestehenden postalischen Monopole sind keineswegs gesichert, sondern werden neuerdings verstärkt unterlaufen, z. B. durch private

R DIE ARBEIT DER FEFAS

AUS DER ARBEIT DER FITCE-'89/'90

Kurierdienste. Diese Dienste organisieren sich im Hinblick auf die Vollendung des gemeinsamen Marktes im Jahre 1993 über die Ländergrenzen hinweg. Besondere Sorge macht uns im europäischen Zusammenhang die gegenwärtig schwache Leistung vor allem südlicher EG-Mitgliedsländer. Es ist hier nicht der Platz, diese Gedanken zu vertiefen, aber es sind eben Probleme, mit welchen wir uns in der FEFAS auseinandersetzen wollen und müssen.

Wenn wir nun einen Blick auf die anderen nationalen Vereinigungen der höheren Postbeamten werfen, so sind hier einige Worte über Spanien zu sagen: Die spanische Vereinigung wurde erst 1988 gegründet. Ursprünglich waren die höheren Beamten in Spanien nur gewerkschaftlich organisiert. In diesem Rahmen hatten sie aber naturgemäß wenig Einfluß. Die FEFAS hat dann praktisch den Anstoß zur Gründung der spanischen Vereinigung gegeben und die spanischen Kollegen sind auf dem letzten Kongreß von uns auch recht herzlich aufgenommen worden.

Inzwischen hat sich die FEFAS auch die Frage vorgelegt, welche Rolle eigentlich die Frauen in unserer Vereinigung spielen. Auf unserem letzten Kongreß haben eine Reihe von Kolleginnen teilgenommen, aber keine einzige Kollegin war an dem Rednerpult anzutreffen. Die FEFAS hat nun eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit der Lage der Frau in unserer Organisation befaßt. Die Frage wird jedenfalls auf dem nächsten Kongreß der FEFAS erörtert werden.

Der nächste Kongreß wird vom 25.—30. 09. 90 in Ostende in Belgien stattfinden. Er steht unter dem Motto „Die Herausforderung". Damit ist die Herausforderung durch die Erweiterung des europäischen Marktes im Jahre 1993 gemeint.

Wir hoffen, daß bei diesem Kongreß auch die österreichischen Kollegen erstmals in einer größeren Zahl auftreten werden. Über die Einzelheiten ist bereits in unserer Zeitschrift berichtet worden und wird weiterhin berichtet werden.

Dem Kongreß in Ostende wird ein eineinhalbtägiges „Forum" vorausgehen, in dem in intensiven Gesprächen in kleinen Gruppen das Thema vorbereitet wird. Vor dem Kongreß soll noch ein vorbereitendes Papier mit mehreren Texten der Mitgliederländer erscheinen, die in die Thematik des Kongresses einführen sollen. Das Papier soll den Teilnehmern noch vor dem Kongreß zugehen.

Für 1992 wäre als Kongreßausrichter wieder Italien an der Reihe. Da sich aber in Italien derzeit anscheinend einige schwierige organisatorische Fragen ergeben haben, die eine weitreichende Planung erschweren, ist an die deutsche Gruppe der Wunsch herangetragen worden, den Kongreß 1992 dann zu übernehmen, wenn Italien sich dazu außerstande sieht.

Als Kongreßort 1992 käme Baden-Baden in Frage, da es sehr verkehrsgünstig liegt und international bekannt ist. Ob der Kongreß in Deutschland durchgeführt werden kann, hängt auch davon ab, ob die FEFAS von den neuen Unternehmen der DBP zumindest ideell gestützt wird. Es muß eine wichtige Aufgabe sein, die Fähigkeit und die Bereitschaft der Führungskräfte zu internationalen Kontakten zu stärken und zu entwickeln. Einer gut beratenen Unternehmensleitung müßte viel daran liegen, Vereinigungen zu fördern, die diesen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit leisten, und zwar auch dann, wenn sich die Ergebnisse nicht sofort in Mark und Pfennig ausrechnen lassen.

Die VHP bitte ich hiermit, einen entsprechenden Meinungsbildungsprozeß bei den Unternehmensleitungen zu unterstützen.

Mit dieser Bitte möchte ich meine Ausführungen beenden und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Otfried Brauns-Packenius

Der Bericht über die „28. Europäischen Fernmeldetage", die vom 03.—09. September 1989 in Lissabon stattfanden, wurde wie immer in der Dezemberausgabe unserer Zeitschrift veröffentlicht.

Ich kann micht deshalb an dieser Stelle kurzfassen, möchte aber nochmals auf die organisatorischen Leistungen unserer portugiesischen Kollegen hinweisen.

Fast 1000 Teilnehmer und Gäste waren zur Eröffnungsveranstaltung erschienen und für mehr als 700 Personen wurde wie immer eine ganze Woche gestaltet mit Begrüßungsabend, Exkursionen, Stadtbesichtigungen, Konzerten — natürlich im Mittelpunkt mit 30 Konferenzen — aber auch mit Werksbesichtigungen und einen Galaabend im Casino Estoril und einem Schlußbankett.

Portugal war sehenswert und ich glaube, daß die 180 Teilnehmer aus der Bundesrepublik — wie auch alle anderen — es nicht bereut haben, dabei gewesen zu sein. Im Anschluß an den Kongreß hatte Kollege Schreyer aus Wiesbaden — und dafür verdient er ein ganz besonderes Lob — noch eine Reisewoche durch Portugal eingeplant und wer dann noch Zeit hatte — oder es nötig hatte — konnte sich an der Algarve eine weitere Woche erholen.

Soweit mein Bericht zu Lissabon.

Die FITCE hat natürlich längst weitergeplant und deshalb möchte ich zunächst die Konferenzorte und folgende Termine bekannt geben:

Die 29. Europäischen Fernmeldetage finden vom 27. 8.—01. 09. 90 in Glasgow statt.

Der Kongreß steht wie immer unter der Schirmherrschaft aller Europäischen Minister (PTT).

Herr Ricke unser Vorstandsvorsitzender, ist Mitglied des Ehrenkomitees.

1991 organisieren unsere französischen Kollegen die 30. Europäischen Fernmeldetage in Straßburg und zwar in der Woche vom 01.—07. September.

1992 bieten unsere spanischen Kollegen als Konferenzort Sevilla an — schlagen aber vor, wegen der Hitze die Tagung erst im Oktober abzuhalten.

Was Glasgow betrifft, so finden Sie die Anmeldeformulare in der letzten Ausgabe der Revue; die Anmeldungen laufen wie immer über Kollege Schreyer beim FA Wiesbaden. Herr Schreyer wird auch wieder eine Rundreise organisieren und Schottland bietet ja nicht nur für Whiskyfreunde ein lohnendes Ziel.

Das Thema der Konferenz heißt diesmal „Netze 2000", speziell betrachtet unter den Aspekten:

∞ Teilnehmerdienste

∞ Netzmanagment

∞ Netzarchitekturen

∞ individuelle Kommunikation.

Ein „Papers Selection Committee" hat von 56 eingereichten Vorträgen 28 ausgewählt, so daß wir auch eine gewisse Qualität erwarten können.

Über die Woche verteilt sind natürlich wieder die unterschiedlichsten Veranstaltungen vorgesehen.

Nach der Eröffnungssitzung am Montag (27.) findet ein Empfang (mit Buffet Lunch) statt.

Der Bürgermeister lädt am Montag abend ein.

Am Dienstag abend ist ein Empfang in der Burrell-Gallerie.

Am Mittwoch geht es in die Highlands zum Besuch einer Whiskydestillierie und von Blair Castle.

Am Donnerstag nachmittag sind technische Exkursionen vorgesehen und am Abend — Glasgow ist ja 1990 Kulturhauptstadt Europas — sind wir alle im Royal Theatre zu einer Vorstellung der Scottish Opera mit Tosca von Puccini.

Am Freitag nachmittag ist wie immer eine Round Table Discussion vorgesehen mit Vertretern aus Industrie, Wirtschaft, von Betreibergesellschaften und den Regulators — also von Ministern.

Abends gehts dann zum Dinner-Dance ins Hopetoun House.

Der Samstag gehört wie immer der Generalversammlung und Tradition ist seit 24 Jahren zum Abschluß der Woche ein „Closing Lunch".

So weit zur Woche in Glasgow.

Ich würde mich freuen, wenn wir weiter mit einer stattlichen Teilnehmerzahl in Glasgow vertreten wären. Für unsere Freunde im westlichen Ausland wäre das der Beweis, daß wir 1990 nicht nur nach Osten schauen. Glasgow ist sicher eine Reise wert und Glasgow hat sich in den letzten Jahren sehr gewandelt; das sag ich für alle, die Glasgow als graue Industriestadt in Erinnerung haben.

Was gibt es somit Neues bei der FITCE?

In Glasgow wird ein neuer Präsident gewählt werden. Sie wissen, daß wir alle zwei Jahre wechseln und die Zeit unseres holländischen Kollegen Hamelberg ist abgelaufen. Unsere britischen Kollegen, die ja in den letzten zwei Jahren sehr aktiv waren, z. B. mit nationalen FITCE-Tagungen — werden einen Vorschlag zur Präsidentschaft machen.

Unsere Revue, mit einer Auflage von z. Zt. 5000 Exemplaren, könnte attraktiver gemacht werden. Unser belgischer Kollege van Gompel will sich darum bemühen. Er arbeitet mit einer Werbeagentur zusammen die uns vorgerechnet hat, daß bei 10 000 Exemplaren sich die Zeitschrift über die Werbung tragen würde. Die Frage ist, wie kommen wir dahin? Der einfachste Weg wäre eine Steigerung der Mitgliederzahlen z. B. mit Ingenieuren aus der Industrie, aus der Wirtschaft, aus anderen Ländern wie z. B. Schweden, Norwegen, Finnland, Österreich, Ungarn oder auch — wie ich mal annehme, aus der DDR.

Wir werden bei unserem nächsten Treffen im Juli in Frankfurt darüber beraten.

Werner Hufnagel

ZUKUNFTS

Am 27. 01. 90 hielt Herr Gerd Tenzer, Mitglied im Vorstand der DBP TELEKOM, vor dem Beirat der VHP in Würzburg folgenden Vortrag, den wir auszugsweise wie folgt wiedergeben:

„Als ich die Einladung erhielt, hier vor Ihnen zu sprechen, habe ich spontan zugesagt, dies deshalb, weil einerseits in meinem Vertrag steht, daß ich als dauernd im Dienst befindlich gelte. Insofern war es für mich keine Frage, auch an einem Samstag zur VHP zu kommen. Andererseits habe ich in meiner Düsseldorfer Zeit auch Ämter innerhalb der Vereinigung bekleidet, so daß mich doch einiges mit der VHP verbindet. Darüber hinaus sollte man nicht vergessen, daß es nur noch wenige Vereinigungen gibt, die wie die VHP ein integraler Bestandteil über sämtliche Organisationseinheiten der Deutschen Bundespost und des BMPT sind.
Insbesondere 2 Dinge haben mich bewegt, zu Ihnen zu kommen. Ich bin der Meinung, daß die Umsetzung von Zielen und Strategien nur von Führungskräften bewältigt werden kann, die dazu motiviert sind, und zwar trotz der Imponderabilien, die natürlich mit einer solchen Umstrukturierung verbunden sind. Darüber hinaus erwarte ich mir von der Diskussion und dem Meinungsaustausch wertvolle Anregungen für unsere Arbeit. Ich bin bereit, bzw. wir sind bereit, Anregungen, die hier kommen, seien es berufspolitischer oder inhaltlicher Art, ernst zu nehmen und ggf. auch umzusetzen.
Ich möchte mit Ihnen über 4 Punkte reden, nämlich über die augenblickliche Situation, über meine strategische bzw. perspektivische Sicht der TELEKOM für die nächsten Jahre, über Laufbahnfragen und schließlich über die Angelegenheiten, die vom Vorstand der TELEKOM als Schwerpunktthemen der nächsten Monate angesehen werden.

Die augenblickliche Situation ist gekennzeichnet von dem Versuch, wieder Stabilität in die ganze Organisation zu bringen. Ich glaube, die wenigsten ha-

ASPEKTE DER DBP-TELEKOM

ben sich in den Monaten vor dem 1. Januar vorstellen können, was es bedeutet, die Organisation des Ministeriums in 5 Teile aufzuteilen, bei gleichzeitiger Personalpostenvermehrung in den einzelnen Organisationseinheiten. Dies mußte dazu führen, daß eine Lähmung eintritt und daß längst überfällige Entscheidungen nicht getroffen wurden. Zum Glück haben wir in dieser Situation draußen 200.000 Kräfte, die weiterarbeiten, so wie wir das in den vergangenen Jahren gewohnt waren.

Zunächst sind wir also bemüht, die Zentrale wieder handlungsfähig zu machen, und ich glaube, dies gilt für die OPDn, die ja auch im Begriff sind, sich umzustrukturieren, in gleicher Weise. Zum anderen sind wir bemüht, nun auch die personellen Ressourcen schleunigst zu realisieren. Das gilt auch für den Vorstand. Auf der Geschäftsbereichsleiterebene sieht es noch schlechter aus. Die von außen kommenden Geschäftsbereichsleiter sind bisher noch nicht benannt; allerdings führen wir z. Z. Gespräche mit den Kandidaten, die uns von Personalberatern zugeführt wurden, so daß wir Hoffnung haben, daß auch hier bald eine Änderung eintritt. Da diese Personen ja noch Verträge haben, werden sie wohl frühestens zum 01. 04. oder zum 01. 05. kommen. Darüber hinaus müssen 120 Fachbereichsleiterstühle besetzt werden. Diese sind derzeit in Ausschreibung, und wir bemühen uns, möglichst rasch zur Entscheidung zu kommen.

Zu den Laufbahnfragen möchte ich folgendes bemerken:

Ich sage Ihnen dies in dieser Breite, damit Sie verstehen, was bei uns abläuft. Ich kann nicht Entscheidungen fällen in einem beliebigen Geschäftsbereich, für den der Geschäftsbereichsleiter noch fehlt. Ich kann nicht alle Fachbereichsleiterpositionen besetzen, wenn ich mir vom künftigen Geschäftsbereichsleiter nicht sagen lassen will, daß er sich das nicht so vorgestellt habe.

Ein weiteres Problem muß man sich vergegenwärtigen. Von den theoretisch 60 Fachbereichsleitern, die der TELEKOM aus dem früheren Personalbestand zustehen, schnellen wir auf 120 hoch. Hier dürfen wir den Fehler nicht machen, daß wir die Alterspyramide so bauen, daß wir in 10 Jahren dafür gesteinigt werden, weil wir unserer Personalfürsorge nicht nachgekommen sind. Ich habe im Vorstand deshalb mehrfach darauf hingewiesen, daß jetzt nicht damit begonnen wird, nur 35- bis 40jährige einzusetzen, sondern daß wir bemüht sein müssen, leistungsfähige Kollegen auch um das 50. Lebensjahr ins Ministerium zu holen."

Auf Frage:

„Ich sehe keinen Grund dafür, weshalb namentlich auf der Geschäftsbereichsleiterebene nicht auch Kollegen aus der Außenverwaltung zum Zuge kommen können. Richtig ist allerdings, daß bisher bis auf 2 Ausnahmen nur solche Personen berufen wurden, die zuvor bereits Unterabteilungsleiter im BMPT waren. Ich kann zwar jetzt keine Zusagen machen, ich will jedoch diesen Punkt im Vorstand besprechen."

Auf Frage:

„Die Neuorganisation der OPDn ist in vollem Gange. Die personellen, als auch die organisatorischen Maßnahmen sind zu einer Zeit festgelegt worden, wo die Vorstandsmitglieder erst designiert waren und formal noch nicht handeln durften. Gleichwohl hätte ich es für gut befunden, wenn man uns in den Entscheidungsprozeß stärker eingebunden hätte. Auf der anderen Seite bin ich der Meinung, daß die Organisationsstruktur, die jetzt realisiert wird, eine Übergangsmaßnahme ist. Aus verschiedenen Gründen, und dafür habe ich Verständnis, ist man nicht den Schritt gegangen, den man eigentlich hätte gehen müssen. Es wird nämlich nicht nur darum gehen, das Post- und Fernmeldewesen organisatorisch vernünftig zu trennen, sondern man wird ja auch darüber reden müssen, ob die Anzahl der OPDn, die die TELEKOM zur Verfügung hat, in dieser Größenordnung gerechtfertigt ist. Das heißt nicht, daß nicht an den OPD-Standorten von heute OPDn erhalten bleiben. Aber man wird sich darüber unterhalten müssen, ob an jedem Standort eine TELEKOM-OPD vorhanden sein muß, und man wird sich insbesondere darüber unterhalten müssen, welche Funktion diese OPDn auf Dauer haben werden. Heute ist die OPD ausschließlich Leitungsebene. Von überall her kommen Ideen, hier auch Ausführungsfunktionen anzusiedeln. Ob man diese Organisation als OPD oder als Regionalleitung bezeichnet, kann dahinstehen. Hier muß man sehen, ob hier nicht auch ein Ersatz sein kann für den Wegfall der OPD-Bezirke, indem man also Regionalleitungen für bestimmte Bereiche dorthin legt, wo man TELEKOM-OPDn mittelfristig auslösen muß. Hier werden wir in den nächsten Wochen Konzeptionen beraten.

Hinsichtlich der Änderungen beim FTZ sind wir uns darüber im klaren, daß behutsam vorgegangen werden muß. Wir wissen, daß die Kollegen im FTZ durch die PTZ-Organisationsänderung erheblich verunsichert sind. Wir haben Verständnis dafür. Ähnliches wird es mit dem FTZ nicht geben. Auf der anderen Seite muß man mit gleicher Deutlichkeit sagen, daß wir uns überlegen müssen, was mit dem FTZ passieren soll, denn so, wie es jetzt organisiert ist, wird es auch nicht bleiben. Als erstes wird man die Hauptabteilungen nach den Vorstandsbereichen ausrichten. Dann wird man darüber nachdenken müssen, wie das FTZ auf Dauer organisatorisch eingebunden sein soll. Insoweit gibt es ja eigene Vorstellungen, insbesondere des Präsidenten des FTZ, die ich durchaus für vernünftig halte. Danach sollen die Hauptabteilungsleiter in die Abstimmung innerhalb der TELEKOM eingebunden werden wie die Geschäftsbereichsleiter."

Auf Fragen:

Daß die Organisation des FTZ gemeinsam mit den dortigen Kollegen erörtert wird, ist eine Selbstverständlichkeit.

Wir wollen nämlich die Motivation der Kollegen erhalten.
Die Frage, ob die Generaldirektion künftig, ähnlich wie beim Postdienst, an den OPDn vorbei Zugriff auf die Ämter nehmen wird, kann ich jetzt nicht beantworten, weil man sich erst über die künftige Funktion der OPDn Gedanken machen muß. Eine OPD, die in ihrer Leitungsfunktion durch den Durchgriff der Generaldirektion auf die Ämter ausgehebelt wird, leitet nicht mehr. Ich kann mir ferner vorstellen, daß es künftig auch regionale Zuständigkeiten bei den Ämtern geben kann.

Insoweit ist jedoch nichts entschieden. Hinsichtlich des FTZ ist keine konkrete Organisationsänderung im Gespräch. Daß sich das eine oder andere ändert, kann gleichwohl nicht ausgeschlossen werden.
Ich gehe davon aus, daß eine Neuorganisation der OPD-Ebene mit der Postseite abgestimmt werden muß.
Ich kenne keine Entscheidung, daß die Führungsakademie getrennt werden soll. Allerdings kenne ich auch entsprechende Gerüchte. Ich weiß, daß der Postdienst über einen solchen Schritt nachdenkt.
Wenn es um dringende Dinge geht, werden wir künftig so verfahren, daß die Verfügungen direkt an die Ämter gehen und die OPDn eine Abschrift erhalten. Allerdings darf dies nicht so weit gehen, daß die Lenkungsfunktion der OPDn, die wir ja wollen, unterminiert wird.
Die jetzt im Entstehen begriffene OPD-Struktur ist eine Krücke und organisationstechnisch unvernünftig. Mittel- bis langfristig werden sich die beiden Bereiche auch auf OPD-Ebene vollständig trennen müssen.
An der Zahl der Abteilungen auf OPD-Ebene wird sich nichts mehr ändern. Dieses Thema ist für uns abgehakt.

Zu den folgenden Gedanken erscheint im Heft 1/1990 der ZPT auf S. 4 ff ein Aufsatz von mir.
Wir wollen einen neuen Anfang beginnen. Zunächst wird es zu den Aufgaben des Vorstandes gehören, ein Unternehmensleitbild zu entwickeln. Ein solches Unternehmensleitbild wird vom Vorstand im Rahmen einer Klausurtagung im Februar diskutiert. Wir sind außerdem dabei, eine Beratungsfirma auszusuchen, die mit uns gemeinsam innerhalb eines Jahres auf der Basis dieses Unternehmensleitbildes eine Unternehmensstrategie entwickelt. Auf dieser Basis werden dann vorstands- und geschäftsbereichsspezifische Strategien entwickelt.

Wenn man die Größe der Heimmärkte der 3 wichtigsten Wirtschaftsnationen vergleicht, dann stellt man fest, daß die USA mit 240 Mio. Einwohnern doppelt so groß sind wie Japan und Japan seinerseits ist doppelt so groß wie die Bundesrepublik. Mit dem Binnenmarkt entsteht ein Markt, der 320 Mio. Einwohner umfaßt. Binnenmarkt bedeutet einheitlicher Markt. Ziel ist es, einen Markt zu schaffen, der 320 Mio. Einwohner umfaßt. Damit ist der gemeinsame Markt der größte Markt der Welt. Unter den 12 Mitgliedsstaaten ist die Bundesrepublik der stärkste Markt mit dem größten Bruttosozialprodukt und dem größten Exportüberschuß. Dies sollte uns selbstbewußt machen und uns darauf hinweisen, daß wir eine Rolle zu verteidigen haben.

Die TELEKOM spielt in diesem deutschen Markt mit ihren 37 Mrd. Umsatz, ihren 15 Mrd. Sach- und Investitionsanlagen pro Jahr und mit ihren 200.000 Beschäftigten auch eine sehr entscheidende Rolle. Auch in der Versorgung unseres Landes haben wir im Grunde die Spitzenstellung, was Telekommunikation angeht. Andererseits verfügen wir aber auch über ein erhebliches Entwicklungspotential. Wir haben hier 70 Sprechstellen pro 100 Einwohner und liegen damit im oberen Drittel der Spitze. Wo wir nicht Spitze sind, das ist das Telefonierverhalten unserer Kunden. Bei uns werden pro Anschluß jährlich 500 Gespräche geführt, in den USA dagegen 1800. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Länder werden wir die USA nicht erreichen können; ein Entwicklungspotential offenbart der Vergleich gleichwohl.
Wir haben 500.000 Datenstationen; damit sind auch die non-voice-Dienste bei uns hervorragend entwickelt. In diesem Bereich sind erhebliche Zuwachsraten zu verzeichnen.
Die genannten Zahlen sollen deutlich machen, was wir in der Vergangenheit geleistet haben; diese Zahlen zwingen uns aber auch dazu, alle Anstrengungen zu unternehmen, daß wir die erreichte Spitzenstellung behaupten und sogar noch ausbauen können.
Wir sind ein Unternehmen mit Tradition, das einen Neuanfang beginnt. Dieser Neuanfang wird von 2 Gesichtspunkten geprägt. Wir werden zum einen aus einer Regulierrolle in eine regulierte Rolle gedrängt und zum anderen werden wir mit einer Umkehrung des bisherigen Regel-Ausnahmeverhältnisses hinsichtlich des Monopols und des Wettbewerbs konfrontiert. Beide Gesichtspunkte hängen innerlich zusammen.
Wir dürfen nicht dem Fehler erliegen, zu glauben, daß mit der Neuorganisation alles Erforderliche getan sei. Wir müssen uns im Rahmen dieser neuen Organisation neu ausrichten und die Herausforderung annehmen und uns stärker an den Erfordernissen des Marktes ausrichten, auch wenn wir Verwaltung bleiben.
Für uns bedeutet das, daß wir regulierte und freie Angebote am Markt anbieten wollen. Monopolangebote können gleichzeitig Endprodukte für den Verbraucher wie auch Vorprodukte für einen Wettbewerber sein. Diese bipolare Funktion macht unsere künftige Rolle nicht gerade leicht.

Die Umsatzzahlen in unserem Unternehmen werden hauptsächlich dominiert von den Monopolleistungen (90%), die wir anbieten. Aufgrund der aktuellen Zuwachszahlen wird sich der Umsatz zugunsten der Wettbewerbsdienste verschieben. Deshalb darf niemand glauben, man könne dieses Unternehmen noch nach den Prinzipien eines Monopolisten führen, weil eben die

AUS DEN BEZIRKEN

Oberbürgermeister Manfred Rommel zu Gast beim Bezirksverein Stuttgart

Einnahmen so sind, wie sie im Augenblick sind. Diese Verschiebung wird sich nach Ansicht Sachverständiger in den nächsten 10 Jahren ergeben.
Das bedeutet, daß wir uns in den Monopolbereichen verhalten müssen wie im Wettbewerbsbereich. Wir haben zwar aufgrund des Infrastrukturauftrages die Aufgabe, gleichförmige Telekommunikationsverhältnisse im Netz und im Telefondienst zu erbringen, das schließt aber meines Erachtens nicht aus, daß wir auch kundendifferenzierte Angebote machen. Und das schließt erst recht nicht aus, daß wir uns stärker an den Kosten orientieren als wir das bisher gewohnt sind. Wer sich in diesem Bereich nicht verhält wie im Wettbewerb, der provoziert in den nächsten 3 Jahren eine Diskussion mit dem Ergebnis, daß das Monopol beendet wird. Wir müssen künftig mögliche Leistungsmerkmale der Technik dem Kunden auch tatsächlich anbieten. Das haben wir leider zum Teil vernachlässigt.

Auf Fragen:
Soweit wir derzeit etwa bei der Vergabe von Bauleistungen Restriktionen unterliegen, steht die VOB und die VOL in dem Ruf, durchaus flexibler zu sein als nach der Praxis vermutet werden könnte. Gehen Sie davon aus, daß wir die hausgemachten Restriktionen beseitigen und Freiräume vermehrt ausnutzen werden.

Natürlich tut es weh, wenn das Eigenkapital abgesenkt wird, wie es aufgrund der Eigenkapitalausstattung des DBP-POSTDIENSTES zu Lasten der TELEKOM der Fall war. Auf der anderen Seite gebietet aber auch die Einheit der Unternehmen der Deutschen Bundespost einen anderen Maßstab bei der Verteilung des Eigenkapitals. Das Postwesen ist nicht aus eigenem Verschulden in seine heutige Lage geraten. Vor diesem Hintergrund ist es durchaus gerechtfertigt, wenn wir zugunsten des Postwesens auf 1-2% unseres Eigenkapitals verzichten.
Wir haben im Dezember den Wirtschaftsplan 1990 verabschiedet. Dieser Plan weist nach vorsichtiger Schätzung noch einen Gewinn in Höhe von 2 Mrd. DM aus. In dieser Schätzung sind die veränderte Eigenkapitalausstattung und die sich im Laufe des Jahres ergebenden Tarifänderungen bereits berücksichtigt. Insofern bin ich noch optimistisch.
TELEKOM muß sich bewußt machen, daß wir vom Verkehr leben, den wir in unserem Netz abwickeln. Wir leben nicht in erster Linie vom Endgerätemarkt. Endgeräte ermöglichen aber erst den Verkehr. Wir müssen alles mögliche unternehmen, um Verkehr in das Netz zu bringen. Deshalb bin ich auch am Endgerätemarkt interessiert. Es kommt auch Verkehr ins Netz durch den D2-Betreiber, durch private Netze und durch unsere Konkurrenten. Insofern muß ich den Konkurrenten auch als jemanden begreifen, der mir Vorteile bringt und nicht nur Nachteile. Dieses Bewußtsein ist in der Vergangenheit aus meiner Sicht nicht in ausreichendem Maße vorhanden gewesen. Das Bewußtsein nämlich, daß wir unsere Umsätze vor allem durch den Verkehr machen.
Im non-voice-Bereich müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um konkurrenzfähig zu sein. Wir müssen uns auch anstrengen, unsere großen Kunden so zu bedienen, wie es deren Umsatz entspricht. Wir sind heute noch nicht einmal in der Lage, zu sagen, welchen Umsatz unsere Kunden mit uns machen. In Zukunft werden wir diesem Aspekt mehr Aufmerksamkeit zollen müssen. Diese Kunden, die mit uns großen Umsatz machen, müssen anders behandelt werden als die anderen. Das hat mit einem Verzicht auf Gleichbehandlung nichts zu tun. Gleichbehandlung heißt, gleiche Verhältnisse gleich zu behandeln. Mit denen, die hohen Umsatz machen, kann man auch einen besonderen Aufwand treiben. Dazu gehört auch, daß wir insbesondere die Riesenkunden auch international bedienen. Aus diesem Grund sind wir dabei, in den 5 wichtigsten Industrieländern Büros einzurichten. Sowohl die Standort- als auch die Personalentscheidungen sind insoweit gefallen. Im Laufe des ersten Halbjahres werden wir wohl noch zu den eigentlichen Gründungen kommen.
Die TELEKOM hat ihre Domäne im Netzbereich und nicht in erster Linie im Anwendungsbereich. Hier müssen wir uns überlegen, wie wir uns das Knowhow auch im Anwendungsbereich erwerben. Möglichkeiten, dieses Knowhow zu erwerben, sind die Gründung von joint-ventures, der Einkauf von Know-how oder die Kultivierung im eigenen Unternehmen. Wir werden alle 3 Wege gleichzeitig gehen müssen, weil wir sonst den Markt tatsächlich nicht für uns gewinnen können.

Wie in jedem anderen Unternehmen, das sich im Wettbewerb befindet, muß auch bei uns die Steigerung der Produktivität Vorrang haben vor einer beliebigen Ausweitung des Geschäftsfeldes. Das gilt nicht nur für den Wettbewerbs-, sondern auch für den Monopolbereich. Bei dem Begriff der Produktivitätssteigerung denke ich nicht nur an Personalrationalisierung, sondern insbesondere auch an Investitionsrationalisierung, weil die Struktur unse-

rer Kosten so ist, daß wir 50% Kapitalkosten, 30% Personalkosten und 20% Ablieferung und Sachkosten haben. Das heißt, für uns muß auch im Vordergrund stehen, Investitionen zu rationalisieren und dabei die Personalrationalisierung nicht aus dem Auge zu verlieren. Dafür fehlen uns jedoch derzeit die Instrumente. Aus diesem Grund möchte ich möglichst schnell ein Investitionscontrolling einführen.

Tatsächlich beschäftigt uns die DDR zur Zeit sehr stark. Ein fertiges Konzept, wie wir helfen können, haben wir im Moment noch nicht. Wir haben quantitativ nicht die Kapazitäten, um der DDR nachhaltig beim Aufbau ihrer Infrastruktur helfen zu können. Außerdem benötigt die DDR erhebliche Kapitalzuflüsse, um das zu erreichen, was sie gerne möchte. Wir sind dabei, mit der DETECON und der DFKG Konzeptionen zu überlegen, wie man der DDR helfen kann. Die Probleme sind auch politisch recht schwierig. Allerdings wird die TELEKOM nicht in beliebigem Umfang bereit sein können, finanziell zu helfen.

Der 01. 07. 90 wird für die TELEKOM einen Markteinbruch bedeuten. Diese TELEKOM wird sich am Erfolg von D 1 und dem 01. 07. messen lassen müssen. In anderen Ländern lag der Markteinbruch bei etwa 40-50%. Aus diesem Grund wurde im Vorstandsbereich V 5 ein Beauftragter für den 01. 07. eingerichtet. Der Beauftragte hat direkt an das Vorstandsmitglied zu berichten. Sie sehen daraus, daß wir diesem Datum einen hohen Stellenwert beimessen.

Zu den Laufbahnfragen möchte ich folgendes bemerken:
Das Fernmeldewesen wurde bisher bekanntlich von den T-Kollegen dominiert. Das muß geändert werden. Es kann nicht sein, daß im Marketingbereich, in der Organisation und in der EDV, im Bereich strategischer Überlegungen, im Bereich der Finanzen und wo auch immer Sie hinsehen, der Versuch unternommen wird, alle Positionen mit T-Kollegen zu besetzen. Ich bin der Überzeugung, daß die fast ausschließliche Ausrichtung des Fernmeldewesens durch T-Kollegen in der Vergangenheit dazu geführt hat, daß wir nicht weiter gekommen sind als dahin, wo wir jetzt stehen. Das ist kein Vorwurf. Aber diese Situation im Fernmeldewesen muß beendet werden. Wir brauchen andere Fachrichtungen, wie Betriebswirte, Informatiker und Kaufleute.
So werden wir in diesem Jahr 30 Betriebswirte einstellen. Deswegen bleiben noch genügend Felder für Diplom-Ingenieure erhalten.
Die Grenzziehung zwischen gehobenem und höherem Dienst wird überprüft werden müssen. Wenn wir genügend Ingenieure haben wollen, dann werden wir in den nächsten 5-10 Jahren diese Grenzziehung aufgeben müssen. Mögliche Lösungsmöglichkeiten könnten etwa in einem leichteren Aufstieg oder einem leichteren Durchstieg als bisher bestehen. Ich denke dabei an Leistungsorientierung.
Ich will den höheren Dienst nicht aushöhlen; ich will nur den Kollegen aus dem gehobenen Dienst, die fast die gleiche Ausbildung haben, eine Chance bieten. Nur so können wir auf Dauer den gehobenen Dienst attraktiv machen.
Ich bin der Überzeugung, daß wir häufig vorschnell und voreilig Dienstposten im gehobenen Dienst schaffen, wo wir hervorragend ausgebildete BFt-Leute genauso gut einsetzen könnten. Diese sind jetzt zum Teil unterfordert in ihren Tätigkeitsfeldern, die wir ihnen zuweisen. Der Mangel im gehobenen technischen Dienst ist für mich ein Scheinmangel, weil wir in der Vergangenheit zu wenig darüber nachgedacht haben, ob wir nicht Posten im mittleren Dienst ansiedeln oder auch im gehobenen Dienst verstärkt andere Fachrichtungen eingesetzt werden können.

Auf Fragen:
Eine jahrzehntelange Entwicklung kann nicht von heute auf morgen umgesteuert werden. In verschiedenen Positionen sitzen heute noch Leute, die sich hinsichtlich der Exspektanzen von Juristen, Betriebswirten und anderen sehr zurückhaltend, ja restriktiv äußern. Das ist zunächst einmal menschlich. Die Frage, wo die Juristen, Betriebs- und Volkswirte bei den Fernmeldeämtern beschäftigt werden sollen, kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen. Dieses wird gerade untersucht.
Das Personal ist unser größtes Kapital. Wenn es uns nicht gelingt, unsere 200.000 Leute zu motivieren, dann nutzt die ganze Neustrukturierung nichts. Das ist mir voll bewußt. Dann werden Sie sagen, dann fang doch mal an zu motivieren. Gut! Die Finanzen sind auch eine Motivation. Wir haben es ja versucht, Anreize zu geben und die Nachwuchssicherung besser zu machen als bisher.
Ob das reicht, kann ich Ihnen nicht sagen. Wir haben ja noch nicht damit begonnen. Aber daß wir ernsthaft daran interessiert sind, Leistungsanreize einzuführen, mögen Sie daraus ersehen, daß hier der Vorstand in den nächsten Wochen eine Konzeption beraten wird. Ich halte es nicht für notwendig, daß der Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst unbedingt mit einem Ortswechsel verbunden sein muß."
Der Bundesvorsitzende bedankte sich bei Herrn Tenzer im Namen aller Anwesenden dafür, daß er zu uns gekommen ist und den Kollegen Rede und Antwort gestanden hat. Als Dank der Kollegenschaft überreichte er Herrn Tenzer einen Hammerstempel mit der Bemerkung, er, Tenzer, sei nun der 4. Inhaber eines solchen Geschenkes neben dem Forschungsminister Riesenhuber, dem früheren Bundestagspräsidenten Dr. Jenninger und dem Rundfunkpfarrer Graf Adelmann von Adelmannsfelden.

Rolf Gröber

AUS DEN BEZIRKEN

Oberbürgermeister Manfred Rommel zu Gast beim Bezirksverein Stuttgart

Zu der schon Tradition gewordenen jährlichen Vortragsveranstaltung des Bezirksvereins Stuttgart konnte der Bezirksvorsitzende Josef Nienhaus am 7. März d. J. den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Manfred Rommel, willkommen heißen. Das Stadtoberhaupt, im Nebenamte auch Präsident des Deutschen Städtetages und Autor humorvoll-tiefgründiger Bücher, sprach vor einem 120-köpfigen Auditorium zur Deutschland-Politik.

Zu Beginn seiner Ausführungen ging Manfred Rommel allerdings auf das Verbindende zwischen Post und Kommunalbehörden ein. So wußte er zu berichten, daß in der Vergangenheit württembergische Behördenchefs die Vormittage damit verbrachten, die eingegangene Post kunstvoll mit einem Bleistift zu öffnen. Am Nachmittag wurde die so geöffnete Post bis Dienstschluß gelesen, was den großen Vorteil hatte, daß die Mitarbeiter unbehelligt von ihren Chefs arbeiten konnten. Leider seien diese Zeiten längst vorbei.
Die wichtigste Eigenschaft von wertvollen Briefmarken will der Oberbürgermeister schon in seiner Jugend ausgemacht haben: sie fehlen.
Nach diesem postalischen Intermezzo begann Manfred Rommel seine Ausführungen zur Deutschland-Politik mit einem deutlichen Wink gen Bonn: „Wenn man schon nicht weiß, was politisch richtig ist, sollte man wenigstens vermeiden, was politisch mit Sicherheit falsch ist". Er empfahl, intensiver über Detailprobleme der Wiedervereinigung nachzudenken. Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes berge viele ungelöste Probleme. Die Kommentare zu Artikel 23 in einschlägigen Werken seien darüberhinaus überaus dürftig. „Die Kommentatoren haben sich gedacht, das wird sowieso nichts, da brauchen wir nicht viel zu schreiben".
Aber auch Kommentatoren können irren, und so wisse heute beispielsweise niemand die Antwort auf die Frage, wie die Nationale Volksarmee gleichzeitig Truppe der Bundesrepublik und den Zielen des Warschauer Pakts verpflichtet sein könne. Ein anderes Beispiel: Nach einem Beitritt der DDR würde der Länderfinanzausgleich dazu führen, daß selbst das gebeutelte Saarland ein relativ finanzstarkes Land wäre, das, wie alle anderen Länder der Bundesrepublik, an die Länder der DDR Mittel abführen müßte. Abhilfe könne nur eine Änderung des Grundgesetzes bringen.

Die geplante Währungsunion sah Manfred Rommel mit Skepsis. Der Wert einer Währung werde tagtäglich durch die Wirtschaftskraft eines Landes bestätigt. Bis die Wirtschaftskraft der DDR eine stabile D-Mark garantieren könne, würden aber mindestens 3 bis 4 Jahre vergehen. Maxime sei also überlegtes Vorgehen, kein überstürztes Handeln. Zwar habe Leo Trotzki nach Gründung der Roten Armee gesagt: „Hätten wir noch mehr Zeit gehabt, hätten wir noch mehr Fehler begangen", aber dies sei wohl eher die Ausnahme.

An einem „Wendehals" konnte der Oberbürgermeister übrigens nichts schlechtes finden. Er selbst habe nach eigenem Bekunden seinen Standpunkt schon ein paarmal gewendet. Es sei kein Zeichen guten Charakters, wenn man die Meinung, die man in seiner Jugend vertrat, auch noch im Alter besäße.
Schwerwiegendstes Problem neben der desolaten Wirtschaft sei die enorme Umweltzerstörung in der DDR. Dennoch sieht Manfred Rommel allen Grund, mit Optimismus in die Zukunft zu blicken. Als Stuttgart nach dem Krieg in Trümmern lag, habe auch niemand Wiederaufbau und Wohlstand für möglich gehalten. Die DDR verfüge über fleißige und qualifizierte Arbeitskräfte und werde es relativ schnell schaffen. Ohne Steuererhöhungen in der Bundesrepublik werde es aber wohl nicht gehen.
Mit einem Zitat des schwäbischen Philosophen Hegel schloß der Oberbürgermeister: „Wer die Welt richtig sieht, wird auch von der Welt richtig gesehen".
Klaus Stuchlich